



100 Jahre Internationaler Frauentag

**Heute für morgen
Zeichen setzen**

Gisela Notz

Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften:

Geschichte(n) – Tradition und Aktualität



**Frauen- und
Gleichstellungs-
politik**



Inhaltsverzeichnis

Vorwort		Der Internationale Frauentag in der DDR	47
von Hannelore Buls	4	Der Einfluss der neuen Frauenbewegungen auf den Internationalen Frauentag	49
„Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten“ 100 Jahre Internationaler Frauentag	6	Beispiele aus den Einzelgewerkschaften	55
Warum ein gewerkschaftlicher Kampftag?	8	Der FrauenStreikTag 1994	59
Günstige Rahmenbedingungen	13	Phantasievolle Aktionen auch bei den Gewerkschaften seit den 1990er Jahren	62
Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte	14	Aus fünf Organisationen ist eine geworden: ver.di	64
Clara Zetkin und Käthe Duncker: Wir brauchen einen Internationalen Frauentag!	16	Viel erreicht? – Der Internationale Frauentag heute	67
Der Internationale Frauentag als Anti-Kriegstag	18	Ausblick	69
„Unser Märzentag“ für Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen	19	Anmerkungen	70
„Eine wuchtige Kundgebung“	21	Zum Weiterlesen	72
Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen	25		
Heraus mit dem Frauenwahlrecht	27		
„Kriegsfrauentage“	30		
Das Frauenwahlrecht ist durchgesetzt	32		
Ab 1921: künftig einheitlich in allen Ländern der 8. März	37		
Der „Märzentag“ verändert sich	38		
Faschistische Diktatur in Deutschland	41		
Der Internationale Frauentag nach dem Zweiten Weltkrieg	43		

Herausgeber: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesverwaltung, Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Autorin: Dr. Gisela Notz
V.i.S.d.P.: Hannelore Buls
Mitarbeit: Dr. Hartmut Simon, Annette Showell-Moosbrugger,
Alexa Wolfstädter
Gesamtherstellung: VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart
W-3019-05-0211 · März 2011

Vorwort

In der Weiterentwicklung von Frauenrechten hat es immer wieder eine erfolgsentscheidende und weiterführende Rolle gespielt, dass aktive Frauen sich der Erregenschaften und Aktivitäten ihrer Wegbereiterinnen erinnert und sich auf sie berufen haben. Das ist gerade in der hundertjährigen Geschichte des Internationalen Frauentages von Bedeutung. Frauen haben historische Meilensteine immer wieder dazu genutzt, aktuelle politische Forderungen voranzubringen. In dieser Tradition bewegen wir uns mit unseren aktuellen Vorhaben zu diesem 100. Jubiläum:

Wir erinnern an die Kämpfe der Frauen um ihre Rechte in der Vergangenheit und thematisieren unsere heutigen Anliegen und Forderungen. Auch das Motto der DGB-Frauen „100 Jahre Internationaler Frauentag – Heute für morgen Zeichen setzen“ spiegelt diesen Gedanken wider.

Diese Broschüre von Dr. Gisela Notz gibt einen historischen Überblick gewerkschaftlicher Beteiligung. Sie arbeitet heraus, dass die Entstehung des Internationalen Frauentages eng mit den auf Leben und Arbeit ausgerichteten Forderungen der Arbeiterinnen verbunden, ja ohne diese eigentlich nicht denkbar war. So wird deutlich, dass die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht, das aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und Teilen der bürgerlichen Frauenbewegung kam, im Jahre 1919 zwar zum Erfolg führte, dies aber die Situation der Frauen insgesamt nur mäßig verbesserte. Grundlage von Gleichberechtigung und Chancengleichheit ist ebenfalls die materielle Existenz,

einschließlich der dazu erforderlichen Freiheitsrechte, so zum Beispiel, dass Frauen nach eigener Entscheidung erwerbstätig sein können. Beides gehört zusammen. Auch heute sind deshalb eigenständige Existenzsicherung, soziale Absicherung, Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und vor allem Entgeltgleichheit unsere zentralen Forderungen geblieben, wenn auch auf verändertem Niveau. Diese politische und wirtschaftliche Entwicklungsgeschichte der politischen Frauen wird im Folgenden nachvollzogen und an interessanten Beispielen zu verschiedenen Frauentagen erläutert.

Für die Geschichtsschreibung von ver.di hat Dr. Gisela Notz darüber hinaus ein interessantes Detail herausgearbeitet. Paula Thiede vom Verband der Buchdruckereihilfsarbeiterinnen, als erste Vorsitzende einer Gewerkschaft eine der wichtigen Frauen in der Vorgeschichte unserer Organisation, war an der Entstehung des Internationalen Frauentages maßgeblich beteiligt. Sie gehörte zu den zwölf deutschen Frauen, die 1910 in Kopenhagen den entscheidenden Antrag formulierten und zu den Redner/-innen auf der ersten Internationalen Frauentags-Veranstaltung in Berlin am 19. März 1911.

In der ver.di-Geschichte waren diese Aktivitäten von Paula Thiede bislang unbekannt. Das Engagement für Frauenrechte und für Gewerkschaftsrechte ging in der öffentlichen Wahrnehmung und Darstellung eben nicht von Anfang an eine enge Verbindung ein. Obwohl es gerade die Gewerkschafterinnen waren, die sich für bessere Bedingungen für Frauen einsetzten, mussten sie dennoch immer wieder verdeutlichen, dass die „Frauenfrage“ mehrdimensional war. Auch die Geschichtsschreibung hat es bisher nicht erkannt, dass

eine der bedeutenden Gewerkschafts-Gründerinnen auch als Frauenrechtlerin aktiv und erfolgreich war. Frauenpolitik, die nicht direkt mit dem Arbeitsplatz verknüpft war, wurde offenbar als „extern“ betrachtet und nicht behandelt. Das ist heute anders und so können wir hier erfreulicherweise eine frauenpolitisch und historisch bedeutsame Ergänzung vornehmen.

Frauenpolitik als „Politik von Frauen für Frauen“ erfordert stets Überzeugung und hohes Engagement, ohne die auch keine der hier beschriebenen historischen Verfechterinnen der Frauenrechte auskam. Bei unseren Wegbereiterinnen ging der Einsatz manchmal sogar bis zur Selbstlosigkeit. Da Frauen weitgehend rechtlos waren, war auch der Kampf um Frauenrechte mit einem „fraulichen“ Leben nicht vereinbar. Sie mussten letzteres also vielfach aufgeben und etliche von ihnen gingen sogar ins Gefängnis. Bis zum neuen Reichsvereinsetzung im Jahre 1908 mussten die Frauen vor einhundert Jahren noch peinlich darauf achten, nicht als politisch aktiv erkannt zu werden. Sie „tarnten“ ihre politischen Aktivitäten mit Bildungsvereinen, Lesezirkeln oder Handarbeitsgruppen.

Damals war vieles für Frauen gesetzeswidrig, heute ist Benachteiligung wegen des Geschlechts untersagt und Zuwiderhandlungen sind nicht mehr politisch korrekt. ver.di ist hier vorbildlich und hat sich dazu entschlossen, Frauenrechte in der Organisation zu verankern, den ver.di-Frauen eine Plattform für frauenpolitisches Handeln zu bieten und Gleichberechtigung als ein Ziel ihrer Politik zu formulieren. Zwar beschäftigen wir uns tatsächlich immer noch mit denselben Fragen, aber immer auch innerhalb der jeweiligen Gesellschaft. So hat beispielsweise Soziale Absicherung für Frauen heute ein völlig anderes Niveau als vor einhundert Jah-

ren. Nicht erreicht ist Entgeltgleichheit, dennoch können viele Frauen heute ihren Lebensunterhalt selbst gewährleisten. ver.di-Frauen haben sich in ihrer Organisation zur „Selbstermächtigung“ bekannt, das heißt sie nehmen sich das Recht, zu allen politischen Fragen eine Position zu äußern, und sie haben zu politischer Arbeit die Möglichkeit.

Noch einmal zurück zu Paula Thiede. Ihr Beispiel macht deutlich, dass zum Zeitpunkt, wenn politische Entscheidungen getroffen werden, nicht immer bereits erkennbar ist, dass diese historisch bedeutsam sind. Der Frauenpolitik scheint es schon immer so gegangen zu sein, dass ihre gesellschaftliche Bedeutung erst sehr viel später anerkannt wird. Frauenpolitikerinnen sind es also gewohnt, dass sie für ihre Aktivitäten nicht unbedingt immer gelobt werden. Auch das war schon zu Zeiten von Paula Thiede so und wir dürfen dies auch heute getrost ignorieren. Aber die Lehre für Frauen daraus ist: Solange wir wissen und/oder ein sicheres Gefühl dafür haben, dass das, was wir tun, im Sinne von Frauen richtig ist, müssen wir es auch weitermachen.

„Nur Geduld, meine Damen!“ hätte vielleicht Paula Thiede dazu gesagt, wenn sie noch lebte. „Wir haben es ja auch geschafft. Und heute – da werden wir sogar dafür bewundert.“

Arbeiten wir also weiter für die Gleichberechtigung – mit Überzeugung und Engagement. Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt unser Ziel!

Hannelore Buls
Leiterin des Bereiches Frauen- und Gleichstellungspolitik

100 Jahre Internationaler Frauentag

„Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten“

Im März 2011 – das heißt, genau am 19. März 2011 – wird der Internationale Frauentag 100 Jahre alt. Grund genug danach zu fragen, wie und warum dieser Tag entstand und wie er über diese Zeit zu dem geworden ist, was er für uns heute ist. Am ersten Internationalen Frauentag, am 19. März 1911, gingen unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ mehr als eine Million Frauen auf die Straße und forderten soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen.

„Unser Märzentag“ – so ist der Aufruf, der in der Zeitschrift „Die Gleichheit“ vom 13. März 1911 erschien, überschrieben. Er appellierte an die Frauen, sich aktiv am ersten Internationalen Frauentag zu beteiligen. In Deutschland ging der Aufruf von der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) und von den freien Gewerkschaften aus: „Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muss euer Ehrentag sein.“ Das Datum wurde gewählt, um an Ereignisse während der Revolution von 1848 in Berlin zu erinnern, an denen viele Arbei-

terinnen beteiligt waren. Am Vortag, dem 18. März, wurde jährlich der „Märzgefallenen“ gedacht. Der Internationale Frauentag war von Anfang an auch ein Tag der gewerkschaftlich organisierten Frauen. Er wurde zum internationalen Tag des Kampfes der Frauen für politische und ökonomische Rechte, gegen Krieg, Ausbeutung und Entrechtung. Erst 1921 sollte es weltweit der 8. März werden.

Um die Fülle der Erzählungen und Mythen zu ordnen und die Traditionen dieses „Märzentages“ nachzeichnen zu können, ist diese Broschüre chronologisch gegliedert. Einzelne Zeitabschnitte werden allerdings auch zu thematischen Blöcken zusammengefasst. Die Geschichte(n) sind in diesem Zusammenhang auch hinterfragbar und sollen Raum für Ergänzungen durch subjektive Erzählungen geben. Widersprüche, radikale und zaudernde Politik, Erfolge und Niederlagen, Zerwürfnisse und Einheit werden dargestellt, ohne sie vereinheitlichen oder glätten zu wollen. An Stellen, an denen es sinnvoll erscheint, wird durch die Autorin auch Position bezogen.

Nr. 12

21. Jahrgang

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
eine Westm. 85 Pfennig, unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,00 Mark.

Stuttgart
13. März 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Maria Zeitlin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post-Exzerptat der Stuttgarter. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muß euer Ehrentag sein. Die ihr in Stadt und Land frondet: Heraus zum sozialdemokratischen Frauentag!

Inhaltsverzeichnis.

Unser Frauentag. — Die Hirtchlikenüberföhrung eine Gefahr für die Moral der Arbeiterinnen. Von Johannes Weider. — Frauenwahlrecht oder Damenwahlrecht. Von Kulla Downing. — Frauenarbeit. Von Rita Dax. — Die Lehrkrinnen und das Frauenwahlrecht. Von M. Kl. — Um Wissen und Bildung. Von Veria Selinger.
Aus der Bewegung: Von der Leitlinie. — Von den Organisationen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilindustrie. Von h. j. — Aus der Bekleidungs. Von H. — Aus der Gewerkschaftsbewegung in Rußland-Polen. Von ed. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Dienstbotenfrage. — Sexuelle Gesetzgebung. — Frauenkinnrecht. — Verschiedenes.

tischen Lebens eingeschweift. Er erweist sich — wie wir in der letzten Nummer nachgewiesen haben — als ein Teil der geschichtlichen Mission, die das deutsche Bürgertum weder erfüllt hat, noch in den Tagen verhärteter Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit erfüllen will und kann. So müssen auch seine Schlächten von dem Proletariat geschlagen werden, das nun im Kampfe gegen Bourgeoisie, Junkertum und Halbproletariat bewußt und zielklar zu vollenden beginnt, was seine Väter in dem Sturm und Drang der vierziger Jahre im Bunde mit dem revolutionären Bürgertum gegen den Feudalstaat begonnen haben. In der Tat: das allgemeine Frauenwahlrecht ist die letzte Forderung, die zum Behufe einer wirklichkeitsfähigen Demo-

Warum ein gewerkschaftlicher Kampftag?

Seit Beginn der Industrialisierung, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, stieg der Anteil der Arbeiterinnen kontinuierlich an. In Deutschland waren im Jahre 1882 von 5,5 Millionen erwerbstätigen Frauen 4,4 Millionen Arbeiterinnen. Im Vergleich dazu betrug die Zahl der erwerbstätigen Männer zur gleichen Zeit 13,4 Millionen, von denen 8 Millionen Arbeiter waren. Im Jahre 1885 war die Zahl der erwerbstätigen Frauen bereits auf 6,5 Millionen gestiegen, darunter 5,2 Millionen Arbeiterinnen (Männer 15,5 Millionen Erwerbstätige, davon 9,2 Millionen Arbeiter).¹

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der im Handwerk, im Handel, in der Heimarbeit, in der Landwirtschaft oder im fremden Haushalt abhängig Beschäftigten waren insgesamt belastend und in vielen Fällen kaum erträglich. Für Fabrikarbeiterinnen waren sie katastrophal. Arbeitszeiten von elf bis 15 Stunden täglich waren die Regel. Hinzu kamen lange Arbeitswege und selten freie Sonntage. Unbegrenzt waren die Arbeitstage für Landarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen, Dienstboten und „mithelfende“ Familienangehörige. Schon damals waren es Frauen, die nach einem langen Arbeitstag Kinder, Kranke, Alte und den Haushalt zu versorgen hatten. Kranken-, Unfall- und Altersversicherung gab es kaum, Mutterschutz- und Arbeitsschutzbestimmungen kannte niemand.

Frauen verdienten, selbst dann wenn sie die gleiche Arbeit wie Männer leisteten, zwischen 40 und 70 Prozent dessen, was ihre männlichen Kollegen verdienten, denn sie galten schon damals als „Zuverdienerinnen“² und sie bekamen selbst dann weniger Lohn, wenn sie sich und ihr Kinder alleine ernähren mussten und/oder noch andere Personen zu versorgen hatten. Teure und beengte Wohnverhältnisse für die Arbeiter/-innen, nicht heizbare Kammern, zugige Dachböden, Hängeböden über Bad und Toilette für städtische und ländliche Dienstboten und Landarbeiterinnen erschwerten das Leben. Die Not war unendlich.

Der bedeutenden ökonomischen Rolle, die Frauen und Mädchen in der Gesellschaft bereits spielten, stand ihre politische und ökonomische Rechtlosigkeit entgegen. Frauen hatten gegenüber Männern eingeschränkte staatsbürgerliche Rechte. Bis 1919 konnten sie qua Geschlecht weder wählen, noch gewählt werden. Die Forderung nach Gleichberechtigung galt als die verrückte Idee einiger weniger.

Die gewerkschaftliche Organisierung der Frauen, darauf verwies bereits Lily Braun 1901 in ihrem Buch „Die Frauenfrage“, wurde bis 1908 durch das Preußische Vereinsgesetz erschwert. Das preußische Vereinsgesetz vom 11. März 1850 war, ebenso wie das Bayerische Vereinsgesetz vom 26. Februar 1850, eine Folge der Konterrevolution nach der Märzrevolution von 1848. Beide Gesetze richteten sich gegen alle während der Revolution entstandenen Zusammenschlüsse. Der § 8 des Preußischen Vereinsgesetzes lautete: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge



Arbeiterinnen in einem Maschinensaal.

als Mitglieder aufnehmen“. Was „politische Gegenstände“ waren, bestimmte „die Obrigkeit“, meistens ein örtlicher Gendarm.

Aber nicht nur in Bayern und Preußen – Preußen war immerhin der größte Staat in Deutschland – auch in anderen Regionen kam es immer wieder zum Verbot von Frauenvereinen, selbst wenn sie eher sozial als politisch ausgerichtet waren. Polizei und Justiz fanden schnell einen Vorwand, gegen Organisationen der Arbeiterbewegung und der proletarischen Frauenbewegung einzuschreiten. Das hat die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung sehr häufig zeitlich und örtlich stark behindert oder sogar unmöglich gemacht.

Als Beispiel kann der „Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“ dienen, den Emma Ihrer (1857–1911) 1885 in Berlin mit gegründet hatte. Was dieser Verein vorhatte, ähnelte dem Aufgabenkatalog einer Gewerkschaft: Hebung der geistigen und materiellen Interessen, insbesondere der Lohnverhältnisse, Lohngleichheit der Männer- und Frauenarbeit, gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten, Aufklärung durch fachgewerbliche und wissenschaftliche Vorträge, Beschaffung einer Bibliothek, Pflege der Kollegialität durch gesellige Zusammenkünfte und die Einführung eines Arbeitsnachweises. Der „Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“ erhielt in Berlin und anderen deutschen Städten großen Zulauf und zählte bald mehrere tausend Mitglieder. In Berlin musste wegen



Emma Ihrer (1857–1911), mit 24 Jahren Eintritt in die SAP, 1891 SPD, Mitbegründerin und Vorstandsmitglied des 1881 gegründeten „Frauen-Hilfsvereins für Handarbeiterinnen“, 1885 Mitbegründerin des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen.“ Von 1890 bis 1892 war sie als erste Frau Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die von ihr 1890 gegründete Zeitschrift „Die Arbeiterin“ erschien ab 1892 unter dem Namen „Die Gleichheit“ in Stuttgart, unter der Redaktion von Clara Zetkin, 1907 Mitbegründerin der Sozialistischen Fraueninternationale.

des Zustroms ein Zweigverein geschaffen werden. 1886 wurde der Verein aufgrund des Vereinsgesetzes verboten.

Während der Gültigkeitsdauer der Vereinsgesetze mussten sich vor allem sozialistische, aber auch bürgerliche Frauenvereine als Bildungsvereine, Lesezirkel oder Handarbeitskreise tarnen, um das Gesetz zu unterlaufen. Im Jahre 1907 gab es bereits 94 sozialistisch orientierte Frauenbildungsvereine mit 10.302 Mitgliedern. Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont, während viele „Bürgerliche“, die „Radikalen“ ausgenommen, ungehindert Politik machen konnten.

Gegenüber bürgerlichen Frauen, die ebenfalls unter das preußische Vereinsgesetz fielen, waren Sozialistinnen einer doppelten Unterdrückung und Verfolgung durch die Staatsgewalt ausgesetzt, denn zwischen 1878 bis 1890 war Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie“ in Kraft, das sämtliche Aktivitäten von sozialistischen Parteien und anderen sozialdemokratischen Zusammenschlüssen betraf. Etwa 330 Vereine waren bis 1890 aufgelöst worden, darunter auch viele Gewerkschaften. Tausende wurden verhaftet oder zur Emigration gezwungen. Bismarck gelang es weder die Sozialdemokratie noch die ihnen nahe stehenden Gewerkschaften zu zerschlagen. In den Wahlen von 1890 wird die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) mit 1,4 Millionen Wählern stärkste Partei und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg nach dem Ende des Sozialistengesetzes zwischen 1892 und 1930 von 237.000 (Frauenanteil 1,8 Prozent) auf 4,8 Millionen (Frauenanteil 13,2 Prozent).

Im bürgerlichen Lager wirkte, selbst als Sozialistengesetz und preußisches Vereinsgesetz nicht mehr einengend wirkten, die Grundstimmung gegen die als „vaterlandslos“ geächteten Arbeiterinnen und Arbeiter weiter. Kein Wunder, dass gerade die „bürgerlichen“ Frauenvereine peinlich darauf achteten, nicht in den Ruf zu geraten politische Themen zu behandeln und auf eine strikte Abgrenzung zu den proletarischen Frauen und deren Zusammenschlüssen bestanden. Andererseits waren es gerade Frauen der proletarischen Frauenbewegung, wie Clara Zetkin (1857–1933), die nichts von einer „Allerweltsbasenschafterin“ mit den Bürgerlichen hielten. Sie sahen keine Gemeinsamkeiten mit „Frauenrechtlerinnen“, die das „große und verwickelte Problem der Frauenbefreiung nicht in seinen vielverzweigten sozialen Zusammenhängen erfassen, vielmehr aus den Interessen der bürgerlichen Gesellschaft betrachten“, wie sie in ihrem Buch „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands“ schrieb.

Die Behörden sahen in der aufwärtsstrebenden Arbeiterinnenbewegung eine „Gefahr für Deutschland“. Das Vorurteil der Männer, die sich der Aufnahme weiblicher Mitglieder in die Gewerkschaften oft widersetzten, war nicht aus dem Wege geräumt. Nur allmählich setzte sich, vor allem bedingt durch die Energie, mit der Frauen für ihre gleichberechtigte Organisation kämpften, die Erkenntnis durch, dass die gefürchtete „Schmutzkonzurrenz“ nur neue Nahrung bekam, wenn man Frauen von den Gewerkschaften ausschloss. Als 1890 – nach dem Fall des Sozialistengesetzes – die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ als überverbandliches Gremium der freigewerkschaftlichen Einzelverbände gegründet wurde, wurde mit Emma Ihrer eine Frau

in den Vorstand gewählt. Bis 1892 war sie in diesem Spitzengremium die einzige Frau unter sechs Männern.³ Sie trat sowohl auf sozialdemokratischen Parteitag, als auch auf nationalen und internationalen Gewerkschaftskongressen für die Interessen der Arbeiterinnen ein und war 1907 an der Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale ebenso beteiligt wie 1910 an der Durchsetzung des Internationalen Frauentages. Sofort nach ihrer Amtsübernahme im November 1890 setzte sie sich dafür ein, dass die Statuten der Gewerkschaften, die Frauen von der Mitgliedschaft ausschlossen, geändert wurden. Unter ihrer Leitung entwickelte sich eine rege Agitation unter den Arbeiterinnen zugunsten der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen.

Die Notwendigkeit zum gesellschaftlichen Wandel zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Gewerkschaften, und zwar stets als Antwort auf Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Kolleginnen und Kollegen wussten, dass der erstrebte gesellschaftliche Wandel nur mit Hilfe von solidarischen Organisationen erreicht werden konnte. Lokalen Arbeiterorganisationen folgten zentrale Berufsverbände, in deren Folge Richtungsgewerkschaften und Standesorganisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Einheitsgewerkschaften abgelöst wurden. Während die bürgerliche Frauenbewegung vor allem am Zugang zu gehobenen Berufen für Frauen interessiert war und gegen die politischen Privilegien im undemokratischen Klassenstaat nur vereinzelt Einwände erhob, war für die Frauen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die Abschaffung aller politischen Privilegien die Voraussetzung für eine umfassende soziale Emanzipation.



Teilnehmerinnen der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen 1907 Stuttgart.

Auch ver.di steht in dieser historischen Kontinuität. ver.di ist zwar die jüngste Gewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund, denn sie wurde erst 2001 aus fünf Einzelgewerkschaften gegründet, doch reichen die Wurzeln ihrer Gründungsverbände zurück bis weit in das 19. Jahrhundert. Der Rückblick

auf die Vorgeschichte des Internationalen Frauentages aus der heutigen Sicht der Einheitsgewerkschaft ist zugleich ein Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterinnen- und Gewerkschaftsbewegung und ihres Kampfes um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Günstige Rahmenbedingungen

Gewerkschafterinnen und Sozialistinnen waren mit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 und durch Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes seit 1908 de jure in der Lage, sich den Organisationen und Koalitionen der Sozialisten anzuschließen. Neben der Aufhebung des „Politikverbots“ war die Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale im Jahre 1907 eine weitere Voraussetzung zur Durchsetzung des Internationalen Frauentages. Bereits im Einladungsschreiben zum Gründungskongress der II. Internationale 1889, der vom 14. bis 20. Juli in Paris tagte, wurde ausdrücklich betont, dass die Sozialisten die Arbeitenden ohne Unterschied des Geschlechtes oder der Nationalität in ihre Organisation mit einschließen. Durch den Druck der internationalen sozialistischen Frauenbewegung erhofften sich die Sozialdemokratinnen eine Stärkung ihrer Position vor allem im Kampf um das Frauenwahlrecht.

Mit der Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale durch 58 Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee auf der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen am 17. August 1907 in Stuttgart entstand eine relativ unabhängige sozialistische Frauenbewegung. Der Anstoß kam von den deutschen Frauen, allen voran Clara Zetkin. Ottilie Baader (1847–1925), von 1900 bis 1908 Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, berief die Konferenz ein und übernahm die Begrüßung und Eröffnung mit den Worten: „Ich begrüße alle



Clara Zetkin (1857–1933), 1878–1917 Mitglied der SAP/SPD, Herausgeberin der SPD-Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“, 1907 Mitbegründerin der Sozialistischen Fraueninternationale, Reichstagsabgeordnete der KPD von 1920–1933.

Mitkämpferinnen, die gekommen sind, um die unentbehrliche Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern zu helfen“. Die Frauen sahen in ihrem internationalen Zusammenschluss ein Mittel, die Interessen der Frauen in den sozialistischen Parteien der Welt zu verankern, weil sie wussten, dass sie auf der nationalen Ebene – auch gegenüber ihren Genossen – nicht weiterkamen. Unter den Teilnehmerinnen war auch Emma Ihrer, deren Wirken eng mit den Anfängen gewerkschaftlicher Frauenarbeit verbunden war. Nachdem sich Rosa Luxemburg (1871–1919) auf der Konferenz mit Nachdruck für

die Einrichtung eines internationalen Frauenbüros in Stuttgart eingesetzt hatte, wurde der Vorschlag von Luise Zietz (1865–1922), ein internationales Frauenbüro einzurichten, um die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Frauen zu intensivieren, einstimmig angenommen. Zum Sitz der Zentralstelle wurde Deutschland bestimmt. Zur Sekretärin des Internationalen Frauensekretariats wurde Clara Zetkin gewählt. Die sozialdemokratische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ wurde zum internationalen Presseorgan erhoben.



Luise Zietz (1865–1922), 1892–1917 Mitglied der SPD, 1907 Mitbegründerin der Sozialistischen Fraueninternationale, ab 1908 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, sie gehörte 1919/1920 der Weimarer Nationalversammlung an und war anschließend bis zu ihrem Tode 1922 Reichstagsabgeordnete der USPD.

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte

Über die Entstehung des Internationalen Frauentages und um das Datum des 8. März gibt es verschiedene Erzählungen, die immer wieder aufgelegt, aber auch öfter widerlegt werden. Eine eindeutige Geschichte des Internationalen Frauentags lässt sich nicht rekonstruieren. Es wird immer mehrdeutig bleiben, was am 8. März gefeiert wird und auch, woran erinnert wird. Daher sollen verschiedene Erzählungen nebeneinandergestellt werden, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Die Auflistung der Vielzahl weiterer Geschichten würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Sicher ist jedoch, dass sie immer von streikenden Fabrikarbeiterinnen handelten. Sie streikten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, für kürzere Arbeitszeiten und gegen unzumutbare Wohn- und Lebensbedingungen und wehrten sich damit gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Egal welche Quelle man liest, deutlich wird, dass der Internationale Frauentag in der Tradition gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Frauenkämpfe steht.

Erzählung 1:

Die Idee zum Internationalen Frauentag kam aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden war und schwere Kämpfe um die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führte. In den USA hatte es Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts große Arbeiterinnenstreiks gegeben. Als eine

historische Wurzel gilt der Streik der New Yorker Textilarbeiterinnen, die 1857 auf die Straße gingen und gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer demonstrierten. Der Streik wurde von der Polizei blutig niedergeschlagen. Tausende wurden verhaftet und viele in Gefängnisse gesteckt. 50 Jahre später, am 8. März 1907, demonstrierten in der gleichen Stadt Tabak- und Textilarbeiterinnen für das Frauenwahlrecht, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und erinnerten an den Streik ihrer Wegbereiterinnen.

Erzählung 2:

1909 streikten 20.000 Hemdennäherinnen der New Yorker Triangle Shirtwaist Factory. Sie kämpften für sichere Arbeitsbedingungen. Der Protest wurde von der Firmenleitung niedergeschlagen. Zwei Jahre später am 8. März 1911 brach in derselben Firma ein Brand aus, bei dem 146 Arbeiterinnen, die während eines neuerlichen Streikes von den Fabrikbesitzern eingeschlossen wurden, ums Leben; am 8. März eines jeden Jahres sollte an sie erinnert werden.

Erzählung 3:

Die amerikanischen Sozialistinnen hatten bereits auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Amerikas (SPA) 1908 ein nationales Frauenkomitee gegründet, das anregte, „eine nationale sozialistische Demonstration für das Frauenwahlrecht zu veranstalten“. Das führte am 19. Dezember 1908 zu dem Beschluss, den letzten Februarsonntag des Jahres 1909 zu einem Tag zu machen, an dem für das Frauenwahlrecht demonstriert wird. Am 28. Februar 1909 fand, unterstützt durch die SPA, der erste nationale Frauentag in den USA statt. Der Tag war ein voller Erfolg, auch



Rosa Luxemburg (1871–1919), 1893 Mitbegründerin der polnischen Sozialdemokratie, ab 1898 Mitglied der SPD, 1907 Mitbegründerin der Sozialistischen Fraueninternationale, 1916 Mitbegründerin der Spartakusgruppe, 1919 Mitbegründerin der KPD, ermordet am 15.1.1919.

deshalb weil sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen den Forderungen nach dem Frauenwahlrecht anschlossen und gemeinsam mit den Sozialistinnen demonstrierten. Seitdem wurde der Frauentag am letzten Februarsonntag als nationaler Frauentag in den USA begangen. Der Sonntag wurde gewählt, weil er der einzige freie Tag der Arbeiterinnen war.

Clara Zetkin und Käte Duncker:

Wir brauchen einen Internationalen Frauentag!

Sozialistinnen aus den USA, allen voran May Wood-Simons, die Vertreterin des nationalen Frauenkomitees in der Sozialistischen Partei Amerikas, schlugen Clara Zetkin, die das Internationale Sekretariat der Sozialistischen Fraueninternationale leitete, vor, darauf hinzuwirken, dass der Frauentag weltweit durchgeführt wird. Das geht aus einem Brief der US-amerikanischen Journalistin Meta L. Stern hervor, der in der „Gleichheit“ vom 27. März 1911 abgedruckt ist. Auch in der Grußbotschaft aus New York an die deutschen Genossinnen zum 19. März 1911 können wir lesen, dass die amerikanischen Genossinnen bereits auf eine dreijährige „Tradition“ des nationalen Frauentages zurückblicken konnten. Mit den „Internationalen Grüßen zum sozialdemokratischen Frauentag“ begrüßte Meta L. Stern den Beschluss der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen, durch den „unser nationaler Frauentag zum internationalen sozialistischen Feiertag erhoben worden ist“.

Die II. Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen, die am 26. und 27. August 1910 im Arbejdernes Forsamlingsbygning⁴ in Kopenhagen stattfand, ist dabei von großer Bedeutung. Dort nämlich wurde der Internationale Frauentag ins Leben gerufen. Mehr als 100 Delegierte aus 17 Nationen, davon zwölf aus



Käte Duncker (1876–1944), Sozialdemokratin und Gewerkschafterin, Vorsitzende des „Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“, Redakteurin der „Gleichheit“, ab 1918 KPD, 1921–1925 Abgeordnete im Thüringer Landtag.

Deutschland, darunter Emma Ihrer, Gertrud Hanna (1876–1944), damals Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Freien Gewerkschaften⁵, und Paula Thiede (1870–1919), die Vorsitzende des „Verbands der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands“. Sie nahmen am 27. August 1910 den Antrag, künftig einen Internationalen Frauentag durchzuführen, einstimmig an. Es war Clara Zetkin, die gemeinsam mit der Gewerkschafterin und Sozialdemokratin Käte

Duncker (1871–1953) und Genossinnen am 26. August 1910 den Antrag zur Durchführung eines Frauentags zur Abstimmung brachten. Darin hieß es:

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“

Die Resolution war von Clara Zetkin, die nicht nur in der internationalen sozialistischen Frauenbewegung aktiv war, sondern auch die deutsche und internationale freie Gewerkschaftsbewegung unterstützte und für die gewerkschaftliche Organisation der Frauen stritt, seit Jahren vorbereitet worden. Auf Parteitag der SPD und auf den Frauenkonferenzen der sozialistischen Frauenbewegung hatte sie immer wieder für diese Idee geworben. Leicht hatte sie es damit nicht immer, denn „Frauenrechtleri“ war den männlichen Genossen verhasst. Luise Zietz, seit 1908 als erste Frau Mitglied des Parteivorstands der SPD, begründete den Antrag. Durch den weltweiten Internationalen Frauentag, den sie als neues Agitationsmittel werteten, erhofften sich die Aktivistinnen den außerparlamentarischen Druck für die Durchsetzung von Frauenrechten zu erhöhen. Dabei ging es in erster Linie – jedoch nicht ausschließlich – um das uneingeschränkte Frauenwahlrecht als Ausdruck für die politische Emanzipation der Frauen. Damit unterschieden sie sich von den bürgerlichen „Schwestern“, die sich

mit einem „beschränkten Wahlrecht“ zufrieden geben wollten, durch das die große Masse der Proletarierinnen weiter in politischer Rechtlosigkeit gehalten worden wäre.⁶ Die „Einführung des politischen Frauenwahlrechts“ wurde von den sozialistischen Frauen in der Resolution von Kopenhagen in den Zusammenhang mit der „ganzen Frauenfrage“ gestellt. Dazu gehörten Arbeiterinnenschutz, soziale Fürsorge für Mutter und Kind, die Gleichbehandlung von ledigen Müttern, die Bereitstellung von Kinderkrippen und Kindergärten, freie Schulmahlzeiten und Lehrmittelfreiheit, die internationale Solidarität und die intensive Zusammenarbeit von organisierten Frauen. Dieser letzte Aspekt war gerade für die deutschen Frauen notwendig und wichtig, da sie z. B. in Preußen erst seit 1908 Mitglied von politischen Vereinigungen sein konnten.

Das Frauenwahlrecht allein war für die sozialistische Frauenbewegung nicht ausreichend, um die Gleichberechtigung voranzutreiben. Auch das unterschied sie von der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung, die sich vor allem für das Frauenwahlrecht einsetzte und glaubte, damit sei die Emanzipation der Frauen erreicht.⁷ Der Antrag der deutschen Frauen wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. Ein bestimmtes Datum für die alljährliche Durchführung wurde damals nicht festgelegt. Der „Vorwärts“ vom 18. März 1911 verwies darauf, dass in Deutschland der 19. März gewählt wurde, um das Revolutionäre der Idee zu unterstreichen, denn am Vortag zu diesem Tag wurden in der deutschen Arbeiterbewegung jährlich die sogenannten „Märzgefallenen“ der Revolution von 1848 geehrt. Außerdem sollte an das Engagement der Frauen der „Pariser Commune“ im März 1871 erinnert werden.



Versamlingshaus Kopenhagen

Der Internationale Frauentag als Anti-Kriegstag

Der Internationale Frauentag stand für die Sozialistinnen von Anbeginn an unter dem Zeichen des Kampfes gegen Militarismus und für die Erhaltung des Weltfriedens. Aufgrund des bereits drohenden Ersten Weltkrieges – in den verschiedenen Ländern wurde heftig aufgerüstet – wurde bei der Konferenz

1910 in Kopenhagen eine „Resolution, die Erhaltung des Frieden betreffend“ verabschiedet. Die deutsche und die österreichische Frauendelegation und das britische Büro der Sozialistischen Fraueninternationale hatten sie eingebracht. Unter Hinweis auf die wichtigen Beschlüsse vorhergegangener internationaler Kongresse und des sozialistischen Kongresses in Stuttgart 1907, wollte die Sozialistische Fraueninternationale an der Sicherung des Friedens mitarbeiten. In der Resolution nannten die Frauen die sozialen Gegensätze, die durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht wurden, als Ursache der Kriege und erinnerten die sozialistischen Frauen und Mütter aller Länder an ihre besondere Aufgabe im Kampf gegen

Militarismus und Krieg: Die Jugend und die Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen „und durch unablässige Agitation unter dem weiblichen Proletariat in der gesamten Arbeiterklasse das Bewusstsein der Macht zu stärken, die sie dank ihrer Rolle im Wirtschaftsleben der heutigen Gesellschaft einsetzen kann und einsetzen muss.“⁸ Die Frauen setzten damals große Hoffnung auf „das kämpfende Proletariat“ als „Armee des Friedens“, die sich immer weiter ausbreiten sollte.

Das Thema „Militarismus und Krieg“ begleitete in der Folgezeit viele Internationale Frauentage, denn die Bedrohung des Weltfriedens und die Notwendigkeit von Friedensaktionen dauerten, wie aus den folgenden Berichten deutlich wird, an.

„Unser Märzentag“ für Sozialdemo- kratinnen und Gewerkschafterinnen

Dem Beschluss von Kopenhagen zur alljährlichen Durchführung eines Internationalen Frauentages schlossen sich sowohl der sozialdemokratische Parteivorstand als auch die Gewerkschaften an. Die Aktionen zum ersten Internationalen Frauentag wurden demnach in Deutschland sowohl von der SPD als

auch von den freien Gewerkschaften, die als Richtungsgewerkschaften eng mit der SPD zusammenarbeiteten, unterstützt und getragen. Ausdrücklich forderten die Gewerkschaften die in ihren Reihen organisierten Kolleginnen und Kollegen auf, sich an den Veranstaltungen zu beteiligen. In einem Brief von Gertrud Hanna vom 30. Januar 1911 an die Gewerkschaftspresse heißt es:

„Die Generalkommission ist in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Parteivorstand dem Beschluss der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen beigetreten, in jedem Jahr an einem Tag Demonstrationsversammlungen zugunsten der Forderung auf Erzwingung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu veranstalten. Für Deutschland ist als Versammlungstag für dieses Jahr der 19. März gewählt worden.“

Clara Zetkin, die auch die sozialdemokratische Frauenzeitung „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ herausgab, warb in der Ausgabe vom 13. März 1911 für den „Märzentag“. Sie war sicher, dass „unser Märzentag“ zu einem wichtigen Datum in der Geschichte des Kampfes für das Frauenwahlrecht werden wird. Sie wies darauf hin, dass sowohl Sozialdemokratie als auch die freien Gewerkschaften die revolutionäre Arbeiterbewegung verkörpern. Ziel des Kampfes sei das „Frauenrecht als Menschenrecht“, und sie meinte damit weltweit für alle Frauen.

In der durch Clara Zetkin zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit erstellten Agitationszeitung „Frauenwahlrecht“, von der vier Ausgaben erschienen, kommt neben der Betonung der Zusammenarbeit

zwischen Gewerkschaften und Partei auch der internationale Charakter der sozialistischen Frauenbewegung deutlich zum Ausdruck. Gertrud Hanna als Vertreterin der freien Gewerkschaften schrieb neben führenden Funktionärinnen der internationalen Frauenbewegung in der Agitationszeitung. Sie begründete die Forderung des Frauenwahlrechts vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus.

Der erste Frauentag in Deutschland sollte zu einer Demonstration der gesamten Sozialdemokratie und der Gewerkschaften werden. Die Vorbereitungsarbeiten begannen bereits im Januar 1911. Gertrud Hanna erklärte in einem Aufruf an die Presse, dass auch die Gewerkschaften ein Interesse daran haben, „dass dieser Tag zu einer Massenkundgebung zugunsten des Frauenwahlrechts wird. Keine Arbeiterin darf an diesem Tag den Versammlungen fernbleiben“. Das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter – einer Vorläuferorganisation von ver.di – „Die Gewerkschaft“ brachte in seiner Ausgabe Beispiele für Frauendiskriminierung und verdeutlichte, dass die Ausschaltung der Frauen aus den politischen Ämtern von Staat und Kommunen rechtlich nicht zu begründen sei und wirtschaftlich „eine große Schädigung für die Allgemeinheit“ bedeute. Das Flugblatt, das zur Teilnahme an den Veranstaltungen des Frauentages mit der Forderung: „Her mit dem Frauen-Wahlrecht!“ aufrief, wurde in einer Auflage von zweieinhalb Millionen Exemplaren gedruckt und verteilt.



Gertrud Hanna (1876–1944), 1907 Leiterin des Berliner Arbeiterinnen-Komitees, 1909 Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, ab 1916 Redakteurin der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ der Generalkommission, 1919–1933 Mitglied des Preußischen Landtages (SPD).

„Eine wuchtige Kundgebung“



Paula Thiede (1870–1919), Arbeitertochter und selbst Arbeiterin in einer Druckerei. 1890 Mitgründerin des „Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen“, einer der ersten gewerkschaftlichen Frauenorganisationen, 1898 Mitgründerin und erste Vorsitzende des „Verbands der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands“ und Redakteurin der Mitgliederzeitschrift „Solidarität“; Vorsitzende blieb sie bis zu ihrem Tode.

Der erste Internationale Frauentag wurde ein voller Erfolg. Unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ gingen am 19. März 1911 Millionen von Frauen in den USA, Deutschland, Schweiz, Dänemark und Österreich auf die Straße oder in die „Vollversammlungen“ und forderten für alle Frauen soziale und politische Gleichberechtigung. Bis zum Ersten Weltkrieg kamen Frankreich, Holland, Schweden, Russland und Böhmen hinzu. In Deutschland nahmen ca. eine Million Frauen (und auch einige Männer), die in den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften organisiert waren, und auch viele nicht Organisierte an den Veranstaltungen und Demonstrationen teil. Die Referentinnen- und Referentenliste der Versammlungen in Berlin führte neben namhaften Parteivertreterinnen und -vertretern auch Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter auf. Dazu gehörten Hugo Poetzsch, Paula Thiede, Emil Dittmer, Ida Altmann und Martha Tietz. Sie vertraten die zentralen Forderungen: Einführung des allgemeinen Wahl- und Stimmrechts, Durchsetzung des Acht-Stunden-Arbeitstages, ausreichender Mutter- und Kinderschutz, die Festsetzung von Mindestlöhnen und gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.

„Mit Stolz dürfen wir es niederschreiben. Dieser Internationale Frauentag ist die wichtigste Kundgebung für das Frauenwahlrecht gewesen, welche die Geschichte der Bewegung für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts bis heute verzeichnen kann“, schrieb Clara Zetkin wenige Tage später in der „Gleichheit“, seit 1907 Organ der Sozialistischen Fraueninternationale. Und auch in der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ vom 21. März 1911 wurde der Erfolg des ersten Internationalen Frauentages ausführlich beschrieben:



Adelheid Popp (1869–1939), Tochter einer armen Weberfamilie, nach drei Jahren Schulbesuch Näherin und Fabrikarbeiterin, ab 1892 Leiterin der Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung“, 1893 organisierte sie einen Frauenstreik der Textilarbeiterinnen mit, durch den diese den 10-Stunden-Tag durchsetzten, 1909 Gründung des „Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“, 1918 Wahl in den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), 1919–1934 österreichische Parlamentsabgeordnete.

„Desgleichen hatte man noch nicht erlebt, dass die Frauen in solchen Massen mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts an die Öffentlichkeit traten. Alle Säle waren überfüllt. [...] Als die Versammlung zu Ende war und die Massen aus dem Saale strömten, wurde es natürlich etwas lebhafter auf der Straße. Man brachte ein tausendstimmiges Hoch auf

das Frauenwahlrecht aus, und das verletzte, wie es schien, das zartbesaitete Gemüt der Polizei. Es waren an die zwanzig Mann aus einem nahegelegenen Haus herausgekommen, um die berühmte Ordnung wieder einmal aufzuhalten. Eine Genossin, die man offenbar für die Anstifterin des Wahlrechtshochrufes hielt, wurde sistiert (festgenommen G.N.).“

„Die Gleichheit“ vom 27. März 1911 berichtete: „Zahlreiche Polizeimannschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvergerüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen.“ In vielen Orten des Reiches fanden Versammlungen statt, auf denen Resolutionen zum Frauenstimmrecht beschlossen wurden. Allein in Groß-Berlin wurden 42 Veranstaltungen gezählt, die alle glänzend besucht waren. Bürgerliche Depeschensbüros schätzten die Zahl der Teilnehmer auf 30.000 – „höchstwahrscheinlich gut über die Hälfte zu niedrig“, vermutete „Die Gleichheit“.

Über die Veranstaltungen zum ersten Internationalen Frauentag in Österreich berichtete die Frauentagsbeilage der Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung“ von 1912, deren Herausgeberin die Sozialdemokratin und Gewerkschafterin Adelheid Popp (1869–1939) war. Sie schrieb, dass „diese Manifestation ein glänzendes Zeugnis für die geistige Reife der Frauen“ gewesen sei und verwies darauf, dass der Internationale Frauentag so lange fortgesetzt wird, „bis das Wahlrecht der Frauen errungen ist“. Victor Adler (1852–1918), der Begründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP), machte in der gleichen „Arbeiterinnen-Zeitung“ noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam, dass der Frauentag nicht nur Frauensache, sondern vielmehr vor allem Männersache sei



Frauentagsdemonstration 1911, Plakat Demokratischer Frauenbund Deutschlands 1985 (Ausschnitt).

und dass Politik, Gewerkschaft und Genossenschaft als die drei Säulen der Arbeiter/-innenbewegung dem „weiblichen Proletariat“ zu Dank verpflichtet seien.

Obwohl Clara Zetkin immer wieder betonte, dass der Frauentag den Arbeiterinnen und Arbeitern gehöre, waren viele Frauen aus anderen Bevölkerungsschichten an der großen Wirkung dieses Tages beteiligt. Der „Vorwärts“ vom 21. März 1911 berichtete mit Stolz, dass in Deutschland etliche führende Vertreterinnen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung an den Veranstaltungen teilnahmen oder Grußadressen überbrachten. In Berlin – so der Bericht – waren „Fräulein Lischnewska, Fräulein Lüders und Frau Minna Cauer“ dabei. Minna Cauer (1841–1922) überbrachte die Grüße der Frauen der Demokratischen Vereinigung und Maria Lischnewska die der Liberalen Frauenpartei. Auch Lida Gustava Heymann (1868–1943), die 1915 die Internationale Frauenliga für Freiheit und Frieden (IFFF) mitgründete, übermittelte eine Grußadresse. Es war eine der seltenen öffentlich dargestellten Einstimmigkeiten von bürgerlichen und sozialistischen Frauen. Da die bürgerlichen Frauen sich in diesem Falle hinter die Forderungen der proletarischen Bewegung stellten, war ein gemeinsames Demonstrieren möglich. Ansonsten

waren die Gräben zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung tief. Schließlich betonten die „Bürgerlichen“ die weibliche „Andersartigkeit“ und waren selten bereit, den Kampf der Arbeiterinnen um volle soziale und menschliche Emanzipation zu unterstützen. Die Sozialdemokratinnen sahen die Frauenfrage als ein Teil der sozialen Frage, die nur zusammen mit dieser gelöst werden könne.

Die Teilnehmerinnen an den Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag verabschiedeten eine Resolution. Sie lautete: „Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht ist die notwendige Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung, die die Stellung der Frau von Grunde aus umgewandelt hat. Zehn Millionen Frauen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozess tätig sind, die Millionen Frauen, die als Mütter Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen, die als Hausfrauen die schwersten Pflichten übernehmen, erheben mit allem Nachdruck Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung (...)“.

Tatsächlich war die sozialistische und gewerkschaftliche Frauenbewegung mit dem ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 weltweit an die

Öeffentliche politische Volksversammlungen

Sonntag, 19. März, nachm. 2 Uhr.

Tages-Ordnung:

Her mit dem Frauenwahlrecht! = Freie = Diskussion.

Berlin.

<p>1. Kreis. Britz'sche Str. 35.</p> <p>2. Kreis. Supplis Str. 22-32.</p> <p>3. Kreis. Armin-Str. 55-59.</p> <p>4. Kreis. Sieders Str. 29. Stammes Str. 27. Gefellenshaus Str.-OH, Wilhelmstr. 75. Mückens-Str. Mückenshaus 31.</p> <p>Referenten: Dr. Alfred Bernstein, Buchner, Dr. Oskar Cohn, Grünwald, Dr. Herzfeld, Martha Kaiser, Kaliski, Poetzsch, Ströbel, Paula Thiede, Dr. Weyl, Dr. Zudek, Luise Zietz.</p>	<p>5. Kreis. Schöneberg, 2a. Sieders.</p> <p>6. Kreis. Str. Königsh. 10-11. Gefellenshaus Str. 29. Germania-Str. 100. Hans-Str. 142. Möbils Gefellenshaus, Wierich 24.</p> <p>Für die Veranstalter: Eugen Ernst, Steinf. 10.</p>
--	--

Teltow-Beeskow.

<p>Adlershof (Hilfsl. 1000, Hofstr. 1000, Nieder-Schöneberg, Schöneberg) 11.</p> <p>Britz. Gefellenshaus, Str. 29.</p> <p>Charlottenburg. Sieders, Str. 29.</p> <p>Köpenick. Sieders, Str. 29.</p> <p>Friedmann (Schöneberg, Sieders) 10.</p> <p>Groß-Lichterfelde (Karlsh. Sieders, Sieders) 10.</p> <p>Referenten: Ed. Bernstein, Hans Buch-Sch. Dr. Hans Buchard, Julius Buchard, Davidsohn, Lisa Dick, Müller, Ed. Ad. Hofmann, Maxine, Wils, Siering, Vager, Weid, Wally Zietz.</p>	<p>Königs-Wusterhausen (Königs, Sieders, Sieders) 11.</p> <p>Nowara (Königs, Sieders, Sieders) 11.</p> <p>Rixdorf. Sieders, Sieders, Sieders 11.</p> <p>Schöneberg (Königs, Sieders) 11.</p> <p>Treptow-Baumgartenweg. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Referenten: Ed. Bernstein, Hans Buch-Sch. Dr. Hans Buchard, Julius Buchard, Davidsohn, Lisa Dick, Müller, Ed. Ad. Hofmann, Maxine, Wils, Siering, Vager, Weid, Wally Zietz.</p>
--	---

Nieder-Barnim.

<p>Lichtenberg. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Hummelsburg. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Stralau. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Weißensee. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Fankow. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Heinrichsdorf. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Heinrichsdorf-West. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Referenten: Ida Altmann, Hans Buchmann, Berlin, Sieders, Martha Kaiser, Loh, Dr. Carl Liebknecht, Maria Meyer, Pich, Georg Schmidt, Siering, Wally Zietz, Wally Zietz.</p>	<p>Horsingwalde. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Tegel. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Oranienburg. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Ober-Schönweide. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Mahlsdorf. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Friedrichshagen. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Schöneiche-Fichtennau. Sieders, Sieders 11.</p> <p>Referenten: Ida Altmann, Hans Buchmann, Berlin, Sieders, Martha Kaiser, Loh, Dr. Carl Liebknecht, Maria Meyer, Pich, Georg Schmidt, Siering, Wally Zietz, Wally Zietz.</p>
---	--

Männer und Frauen! Einigkeit im Kampf! Es gilt für die gleichen Rechte beider Geschlechter Zeugnis abzugeben!

Für die Veranstalter: **Hud. Böhler, O. 112, Schönebergstr. 6-7.**

Versammlungsaufzug 19. März 1911 Berlin.

Öffentlichkeit gegangen. Die „Frauentags-Bewegung“ erlebte Fortschritte, Rückschritte, Erfolge und Niederlagen. Je nachdem, wie es die herrschende politische Meinung wollte, wurde der Internationale Frauentag verboten, geduldet oder gar von oben verordnet. Dieser 19. März war eine Provokation – nicht nur für die Herrschenden im Kaiserreich.

Es gab auch Auseinandersetzungen mit der sozialdemokratischen Führung. Auf den Parteitag ging es zu diesem Thema jeweils hoch her. Die Debatten gipfelten in der Äußerung eines männlichen Delegierten auf dem Parteitag in Jena 1913: „Ich bin nicht dafür, dass für irgendwelche Gruppen in unserer Partei Extrawürste gebraten werden, am wenigsten für das weibliche Geschlecht, das ja sehr leicht geneigt ist, gleich die ganze Hand zu nehmen, wenn man die kleinen Finger bietet.“

Die Genossen entwickelten zunächst starken Widerstand gegen einen jährlichen Kampftag. Sie hatten Angst davor, dass die Emanzipationsbestrebungen der Frauen an einem „eigenen“ Tag zum Separatismus führen könne, zur Aufsplitterung der Interessen der Arbeiterklasse. Solche Befürchtungen wurden auch von manchen Frauen geteilt.

Schulter an Schulter und niemals gegen die Männer wollten Sozialistinnen und mit ihnen auch die meisten Gewerkschafterinnen kämpfen. Ihre Hoffnung richtete sich nicht auf einen „besonderen Teil“ der Menschheit, sondern auf alle. Nicht alle glaubten den Worten Clara Zetkins, dass „der Emanzipationskampf der Proletarierinnen nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse (ist), sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die kapitalistische Ausbeutung“. Bald stellte sich heraus, dass die Frauenagitation zum Internationalen Frauentag durchaus zum Nutzen der gesamten Partei war. Bereits der erste Internationale Frauentag schlug sich auf die Zahl der weiblichen SPD-Mitglieder nieder, die von ca. 82.000 im Jahre 1910 auf mehr als 107.000 im Jahre 1911 anstieg.

Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen

Der zweite Internationale Frauentag, zu dem in Deutschland, Österreich, Schweden, Dänemark, Holland, Frankreich, Rußland, Böhmen und den USA aufgerufen wurde, wurde am 12. Mai 1912 begangen. Die SPD hatte alle Parteiorganisationen dazu verpflichtet, am 12. Mai Frauentagsveranstaltungen abzuhalten, und wies auch diesmal im „Vorwärts“ im Vorfeld darauf hin, dass die freien Gewerkschaften wiederum zugesichert hätten, die Aktion „bestens zu unterstützen“. In Stuttgart hielt Rosa Luxemburg an diesem Tag eine Rede zum Thema „Frauenwahlrecht und Klassenkampf“, in der sie unter dem schon genannten Motto „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ die politische Rechtlosigkeit der Frauen scharf verurteilte. In ihrer Rede machte sie darauf aufmerksam, dass mehr als hundertfünfzigtausend gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen die Kerntuppen des wirtschaftlich kämpfenden Proletariats bildeten. Sie verwies auf „die großartige politische und gewerkschaftliche Aufrüttelung der Massen des weiblichen Proletariats in den letzten anderthalb Jahrzehnten“ und auf die kraftvolle Bewegung von Millionen Proletarierinnen, die ihre politische Rechtlosigkeit als Unrecht empfinden. Sie sah darin ein „untrüglisches Zeichen“ dafür, „dass die gesellschaftlichen Grundlagen der bestehenden Staatsordnung morsch und ihre Tage gezählt sind“.

Die österreichische „Arbeiterinnen-Zeitung“ in Wien schrieb über diesen zweiten Internationalen Frauen-

tag: „Die sozialdemokratischen Frauen fordern mit allem Nachdruck: Die Beseitigung aller Privilegien der Geburt, des Besitzes und des Geschlechts. Wir Frauen wollen Freie und wir Frauen wollen Gleiche sein“.

Die Schweizerinnen hatten ihren zweiten Frauentag 1912 bereits am 17. März abgehalten. Er wurde im Nachhinein ebenfalls als eine „schöne Demonstration für die Gleichberechtigung der Frauen“ beschrieben.

Brot und Rosen

*Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag,
durch all die dunklen Küchen, und wo grau ein Werkshof lag,
beginnt plötzlich die Sonne unsre arme Welt zu kosen,
und jeder hört uns singen: Brot und Rosen!*

*Wenn wir zusammen gehn kämpfen wir auch für den Mann
weil unbemuttert kein Mensch auf die Erde kommen kann.
Und wenn ein Leben mehr ist, als nur Arbeit Schweiß und Bauch,
woll'n wir mehr, gebt uns das Leben, doch gebt die Rosen auch!*

*Wenn wir zusammen gehn, gehn unsre Toten mit,
ihr ungehörter Schrei nach Brot schreit auch durch unser Lied,
sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst erschöpft nie Ruh,
drum kämpfen wir ums Brot, und um die Rosen dazu.*

*Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein besserer Tag.
Die Frauen, die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.
Zu Ende sei, dass kleine Leute schufteten für die Großen.
Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen!*

James Oppenheim

In den USA wurde auch dieser zweite Internationale Frauentag – wie schon seit 1909 der nationale Frauentag – am letzten Februarsonntag mit eindrucksvollen Veranstaltungen begangen. Der Tag sollte weit über die Grenzen der USA hinaus Beachtung erfahren: Das berühmte Lied der amerikanischen Frauenbewegung „Brot und Rosen“ kam auf bei einem Streik von 14.000 Textilarbeiter/-innen, die am 11. Januar 1912 in Lawrence/Massachusetts gegen eine weitere Senkung der Hungerlöhne, gegen die elenden Arbeitsbedingungen und gegen die Kinderarbeit ihre Arbeit niedergelegt hatten. Die Streikenden setzten ihren Kampf bis zum 14. März fort und konnten einige ihrer Forderungen durchsetzen. Das Lied wurde zum Motto der amerikanischen Frauenbewegung und bald wurde es auch in den europäischen Ländern und auf der ganzen Welt gesungen. Bei dem Streik war es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen, die die Sympathien für die Streikenden verstärkten.

Trotz der gut besuchten Veranstaltungen und eindrucksvollen Straßendemonstrationen im Mai 1912 wollten die deutschen Frauen künftig lieber wieder im März demonstrieren, weil der Mai-Termin zu nahe an den Feierlichkeiten zum 1. Mai lag. Der SPD-Parteitag folgte schließlich ihrem Vorschlag, den Frauentag am 2. März 1913 durchzuführen. Die Aufklärungs- und Organisationsarbeit gestaltete sich diesmal schwierig, weil einige Vorstandsmitglieder der SPD diesmal nur in den Städten und Industriezentren Veranstaltungen durchführen wollten. Den Frauen gelang es, sich gegen die Auffassung von Teilen des Parteivorstandes zur Wehr zu setzen. Clara Zetkin musste erkennen, dass „in manchen Parteikreisen“ noch eine ziemliche Abneigung gegen den Frauentag

bestand, während die Genossinnen vom agitatorischen Wert überzeugt waren. Der allerdings zeigte sich auch beim dritten Internationalen Frauentag: Nicht zuletzt wurden breite Kreise mit den sozialistischen Zielen und mit dem „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage“, das auf dem außerordentlichen Sozialistenkongress am 24. und 25. November 1912 in Basel beschlossen worden war, konfrontiert. Das Manifest bekräftigte die bereits anlässlich der Sozialistenkongresse von 1907 und 1910 verabschiedeten Antikriegsbeschlüsse und forderte die sozialistischen Parteien auf, mit allen zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Erhaltung des Friedens einzutreten.

Auch der Internationale Frauentag am 8. März 1913 wurde ein voller Erfolg für Partei und Gewerkschaften. Rosa Luxemburg sprach in Braunschweig vor etwa 500 Mädchen und Frauen und beteiligte sich an dem anschließenden Demonstrationzug, der auf dem Hagenmarkt, dem traditionellen Platz der Kundgebungen bei Arbeiterdemonstrationen, endete. Nach den Frauentagsveranstaltungen traten 11.000 Frauen in die SPD ein und 8.000 Frauen wurden Mitglieder in den freien Gewerkschaften. Immer noch war der Widerstand gegen die hauptsächlich von Frauen für Frauen organisierten Veranstaltungen groß. Sowohl Genossen als auch Gewerkschaftskollegen sahen darin ein separatistisches und feministisches Verhalten. Die Sozialdemokratin Minna Reichert (1869–1945) brachte das auf den Punkt: „Man sagt, wir Frauen brauchen keine Extrawurst gebraten. Ich aber sage, solange die Frauen noch unter einem Ausnahmerecht in der bürgerlichen Gesellschaft leben, brauchen sie allerdings Extrawürste“.

Heraus mit dem Frauenwahlrecht

Dass der Frauentag 1914 überhaupt stattfinden konnte, war der führenden Gewerkschafterin und ersten (besoldeten) Gewerkschaftssekretärin im Arbeitersekretariat in Nürnberg, Helene Grünberg (1874–1928), zu verdanken. Sie brachte beim Jenaer Parteitag der SPD 1913 einen Antrag ein, der gegen die Entscheidung des Parteiausschusses, nicht jedes Jahr einen Frauentag abzuhalten, nach erbitterten Debatten angenommen wurde.

Helene Grünberg (1874–1928), Arbeitertochter, trat 1896 dem „Verband der Schneiderinnen und Schneider“ bei und wurde 1905 von der Nürnberger Gewerkschaftsbewegung zur ersten Gewerkschaftssekretärin in der Geschichte Deutschlands ernannt. 1906 gründete sie den „Verein der Nürnberger Dienstmädchen, Wasch- und Putzfrauen.“ 1919/1920 wurde sie für die SPD in die verfassunggebende Nationalversammlung benannt.

Am 8. März 1914 (kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs) läutete der sozialistische Frauentag die „Rote Woche“ ein, während der an vielen großen und kleinen Orten demonstriert wurde. Rosa Luxemburg sprach diesmal am Vorabend in Freiburg anlässlich einer Protestversammlung gegen ihre eigene Verhaftung. Man hatte sie zu einem Jahr Gefängnis verur-

Frauenwahlrecht!

Herausgegeben zum Vierten Sozialdemokratischen Frauentag von Klara Zetkin

Stuttgart, 8. März 1914

Der Tag wird kommen.

Wir hatten all auf einen Tag,
Und der Tag, der Tag wird kommen,
Für die Großen ein flamender Wetterfahlg
Und ein Oftertag für die Kleinen,
Wo die Sonne aufgeht wie Blut fo rot
Und der Mond fo bleich als wie der Tod –
Der Tag wird kommen!

Ihr habt das Meer und des Stroms Gebrauch
In des Winters Stößen gefchlagen
Und habt erbaht euer stillliches Haus
Auf dem Eise, das muh euch tragen.
Doch horst! wie's stöhnt und dröhnt und bracht.
Der Grund ist lästern nach eurer Pracht –
Der Tag wird kommen!

Woh auch! Wenn der Frühling kömmt und jauch,
Als die bestenden Schollen brechen,
Als der Bach und der Fluß und der Strom erbracht,
Die gefeierten Geister sich rächen,
Und das rote Meer, das vergessene Blut,
Den Pharao fricht samt seiner Brut –
Der Tag wird kommen!

Ja, kommen wird er, dem Simfon gleich
Die gemachten Coden küstend
Und an den Säulen von eurem Reich
Mit riesigen Armen rüttelnd;
Und wird euch fingen ein Lied babel,
„Alkons enfants“ heißt die Melodie –
Der Tag wird kommen!

O herrlicher Auferstehungstag!
Wenn fe aufsteh die Nationen,
Himmegzuzgen mit einem Schlag
Die Throne zumamt den Drogen;
Wenn das Volk einhertritt zum Gericht,
Und sein gemaltiges Schuldig spricht –
Der Tag wird kommen!

Ja, kommen wird er wie 's Morgenrot,
Das heraufsteigt jeden Morgen;
Und kommen wird er als wie der Tod,
Dem bleibt kein Haupt verborgen.
O glücklicher, stillender Oftertag!
O mächtiger, prächtiger Wetterfahlg! –
Der Tag wird kommen!

Clara Zetkin

Verheißung.

Just flingt am Frauentag das wunderbare Lied der Zeit,
Es flingt von Sonne und Schluß und flingt von Donner
und Sturm. Aber das Gewirr von Klängen, die das Lied
gebet, erhebt sich eine tolle, fahre Melodie, die ganz still
und ganz stille, ganz Ernste und Stillschweigend ist. Das
Lied bringt aus Schichten, krummen, schiefen, aus
dumpfsten Kerkern und unruhigen Gefangenen; es
steht auf der stillen Nacht der Straßen auf und sieht über
die Felder und Wälder; die Weizen der Fülle singen es, die
Weizenfelder treiben und rüchelnde Straß Iruben; es flutet
auf den Flügen der Knechte, die von den Hirschenhorfen
geflücht werden. Es flingt in vielen Sprachen und ist doch
überall gleich. Das ist das Lied der Arbeit, die heute aus-
gebeutet und gefoltert ist, doch morgen frei sein wird. Frei
aus eigener Kraft!

Das Lied läut auch von Weibslippen. Millionen Frauen
singen der Arbeit, die Herrscholigkeit über die Arbeiter-
innen hat und doch nicht ist als ihr Gedicht. Sie sind Sozia-
listinnen des Realitäts, das ihre Weibslippen wie ihre
Weibskörner in einen Streitwahn jermalt. Millionen
Frauen laufen als Weibslippen und Weibler dem ausbreiten-
den Komman, der ihre Männer fordert und ausläßt, die
Geber und Geber ihrer Kinder mit Unüberlegungen jüch-
tend und ihre Zukunft bedroht. Was ist das Weibslippen
für all die ungeliebten Frauen, die kommende Geschlechter

in ihrem Schicksal tragen, die kommende Geschlechter mit
ihrem Blute zehren, mit ihrem Geizgen können, mit ihrem
Geizge erlösende sollen? Schämt die geliebten, krumm-
wollen Weibslippen, die abends mit angestrichelten Geizgen und
bitteren Eiern dem Geizgen stellen, um aus Frauenkörnern das
Zuged die schuldige Arbeit in der Nacht zu fügen. Die bei
dem Gebraue könnern, das die Arbeit oder eine Schuld-
frei des Wortes, eine Name des Borgefährten das hart er-
müde Kind bei raus über Könnert. Die hören, mit
ihrem Geizgen, in Können, Könnern Könnern um Geiz
sehen, wenn tagelange Geizgen und Tamen in Weibslippen
vorüberlaufen, die fremde Arbeit gebaut und bezahlt hat.
Die werden und ihre fingen Weibslippen eulern, um ein
paar Stunden Weibslippen zu erweisen und könnere Einhalten der
Naturverfährtheit, das Ausgezeichnete zu erlösen. Die vor
Freiheit und Willen mehr bitten als der Schuldigen und
den Könnere Einhalten im Leben des Weibslippen mit könnere
Gänge entgegengelen als die Jungfrau in Weibslippen
Stall. Die mit könnere Geizgen in der Geizgen rufen, wie
die sozialistische Könnere Einhalten Eiern, Geizgen, Weibler
und Schwestern mit Könnere Weibslippen, wie fe könnere
Könnere ertränkt und Tamen und Zuged als Könnere-
entfähr in den Real sieht. Die den Tod im Geizgen ihre Stru-
ber herben und – könnere nach – überleben könnere.
Die sich nicht einmal mit dem gleichen Könnere wie ihre Weibler
gegen Könnere und Könnere könnere Könnere, weil fe
Könnere sind im Reiz der Könnere und des Geizgen.

Aufruf 8. März 1914 „Frauenwahlrecht“.

teilt, weil sie nach Auffassung des Staatsanwalts und des Gerichts eine verbrecherische Handlung begangen hatte, indem sie – wie sie in ihrer Rede sagte – den Arbeitern diesseits und jenseits der deutschen Grenze zugerufen hätte: „Du sollst nicht töten!“ Sie nahm dabei auch auf die „Rote Woche“ bezug, deren Funktion sie vor allem darin sah, dass jede Sozialde-

mokratin „es als eine besonders ehrenvolle Aufgabe betrachten soll, mit vollen Händen den Samen der sozialdemokratischen Aufklärung nach allen Seiten auszustreuen, neue gewaltige Scharen von Anhängern um die internationale Fahne der Sozialdemokratie zu sammeln“. Tatsächlich konnten wiederum viele Mitglieder für die Partei geworben werden.

Dieser vierte Internationale Frauentag, der vor allem dem Kampf um das Frauenwahlrecht und für die Gleichberechtigung der Frauen dienen sollte, wurde zum Aktionstag gegen den Krieg. Die drohende Kriegsgefahr mobilisierte am 8. März und in der darauffolgenden Woche viele Frauen, die vorher nicht demonstriert hatten. Die Demonstrationen und Veranstaltungen der Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen für den Frieden und gegen das Wett-rüsten waren überwältigend gut besucht. Bei der Werbearbeit hatten sich besonders Luise Zietz und Gertrud Hanna hervorgetan. Überliefert ist, dass die Veranstalterinnen nach dem Erfolg des 8. März 1914 beschlossen hätten, den Internationalen Frauentag als gutes Omen immer auf dieses Datum zu legen. Jedenfalls ist das schöne Plakat „Frauen/Tag 8. März 1914 – Heraus mit dem Frauenwahlrecht“, das immer wieder neu aufgelegt wird und heute noch oft am Internationalen Frauentag gezeigt wird, das erste Plakat mit dem Datum 8. März. In Deutschland durfte es damals nirgends öffentlich aufgehängt oder verteilt werden. Der Berliner Polizeipräsident beschlagnahmte es, weil die Frau im schwarzen Kleid, die die rote Fahne schwingt, angeblich eine Beleidigung der Obrigkeit darstellte. Kritisiert wurde besonders die Schlagzeile „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Durch das plötzliche Verbot der Plakatierung in Berlin erlangte der Frauentag großes öffentliches Interesse.

Nach einer Intervention beim Innenminister gegen das Verbot hingen die Plakate im Zentrum Berlins mit der Schlagzeile „Das Frauenwahlrecht“ – in den Vororten hingegen im Original. Durch diesen Tag wurden gleichzeitig der internationale Austausch und die staatenübergreifenden Beziehungen zwischen den Frauenorganisationen intensiviert.

Der Erste Weltkrieg 1914 bis 1918 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung ein. Die gesamte sozialistische Internationale – und damit auch die Fraueninternationale – löste sich in ihre nationalen Bestandteile auf. Durch die von der SPD und von der ihnen nahestehenden Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Dachorganisation der freien Gewerkschaften während der Kriegsjahre mitgetragene „Burgfriedenspolitik“⁹ waren kritische Veranstaltungen auch von den Organisationen der Arbeiterbewegung selbst nicht mehr erwünscht.

Schließlich wurden Internationale Frauentage in Deutschland von den Behörden verboten, fanden nur noch illegal statt und die Teilnehmerinnen mussten mit Repressalien durch Staat und Polizei rechnen. Damit trat der Kampf um das Frauenwahlrecht in den Hintergrund. Nahezu alle sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern bekannten sich zur Verteidigung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen Sturz sie bis dahin angestrebt hatten. Clara Zetkin verfasste Anfang November 1914 einen Aufruf „an die sozialistischen Frauen aller Länder“, in dem sie sich entschieden gegen den Krieg und für breite Friedensaktionen aussprach. Nun wollte sie nicht mehr Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen, auch nicht mit denjenigen aus ihrer Klasse.

An die sozialistischen Frauen aller Länder. *

Genossinnen, Schwestern! Von Woche zu Woche mehren sich in den Kriegsführenden wie in den neutralen Ländern die Frauenstimmen, die Protest erheben wider das fürchterliche Völkerringen, das der Drang nach Weltmacht und Welt Herrschaft der kapitalistischen Staaten geboren hat. Seit fast fünf Monaten dauert nun der Massengang zwischen dem Zweibund und dem Dreiverband, und immer neue Völker, immer mehr Teile der Erde werden in seinen blutigen Strudel gerissen.

Der Krieg hat die besten physischen, geistigen und moralischen Kräfte der Völker in seinen Dienst genommen, die Reichthümer ihrer

Aufruf gegen den Krieg aus Berner Tagwacht, 10. Dezember 1914.

Nun appellierte auch sie an die besondere Verantwortung der Frauen aus aller Welt: „Wenn die Männer töten“, so sagte sie in dem Aufruf, „so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen, die Stimme zu erheben.“ Auch die beiden Vertreterinnen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, Anita Augspurg (1857–1943) und Lida G. Heymann (1868–1943), schrieben und verbreiteten einen Aufruf an die europäischen Frauen, gegen den Krieg zu protestieren und sofort eine internationale Frauenkonferenz in einem neutralen Land einzuberufen.

Gertrud Bäumer (1873–1954), führende Protagonistin im „Bund deutscher Frauenvereine“, schrieb zu Beginn des Ersten Weltkrieges in ihrer Schrift „Der Krieg und die Frau“, dass der Soldat es zu allen Zeiten süß und erhaben gefunden hätte, für das Vaterland zu sterben. So verherrlichte sie den Tod fürs Vaterland, den die Soldaten in Schützengräben sterben sollten. Aus patriotischer Motivation schuf sie mit dem „Nationalen Frauendienst“ ein Betätigungsfeld für konservative Frauen, dessen Ziel die „Aufrechterhaltung der Heimatfront“ sein sollte. Zu den Aufgaben der Frauen an der „Heimatfront“ gehörte die Hilfe für notleidende Familien ebenso wie die Verteilung der Frauen auf Arbeitsplätze in der Kriegswirtschaft. Als Gegenleistung erhoffte sich Gertrud Bäumer die Gewährung des Frauenstimmrechts nach dem Ende des Krieges.

Auch für zahlreiche proletarische Frauen trat der Kampf um Frauenrechte in den Hintergrund. Einige sozialistische Frauenverbände verbanden sich mit den bürgerlichen Frauen ihres jeweiligen Landes. Zahlreiche sozialdemokratische Frauen in Deutschland folgten der Aufforderung bürgerlicher Frauen, an der „Aufrechterhaltung der Heimatfront“ mitzuarbeiten. Der SPD-Parteivorstand rief gar die Arbeiterinnen dazu auf, in dieser Organisation, dem „Nationalen Frauendienst“, mitzuarbeiten. Dafür erntete er harsche Kritik, (nicht nur) von Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Käthe Duncker. Diese widmeten den größten Teil ihrer Kraft dem antimilitaristischen Kampf. Sie vertraten die Meinung, dass es zwar notwendig sei, sich um die Kinder und Frauen der Soldaten zu kümmern; die erste und wichtigste Pflicht einer Sozialistin und Internationalistin wäre es jedoch, die Massen für den Kampf gegen den Krieg zu gewinnen.

Andere sozialdemokratische Frauen, z. B. Marie Juchacz (1879–1956), und auch Gewerkschafterinnen, z. B. Gertrud Hanna, folgten der Aufforderung und arbeiteten im „Nationalen Frauendienst“ mit. Aus ihren Erfahrungen gründete Marie Juchacz 1919 die Arbeiterwohlfahrt als „Selbsthilfe der Arbeitenden“ mit. Auch Gertrud Hanna gehörte dem Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt an.



Plakat Internationaler Frauentag 1914.

„Kriegsfrauentage“

Im „Vorwärts“ vom 9. Mai 1915 schrieb Luise Zietz, dass infolge des Krieges in diesem Jahr von einem Frauentag in der seitherigen Weise keine Rede sein könnte. Unter der Zensur und unter der Einschränkung der Versammlungsfreiheit könne „von einer umfassenden Agitation durch Flugblätter, Plakate und so weiter nicht die Rede sein, auch wären die meisten öffentlichen Versammlungen sicherlich dem Verbot verfallen“. Sie schlug vor, ersatzweise geschlossene Frauenmitgliederversammlungen zu veranstalten. In Berlin konnten auch diese aufgrund des Verbots des Polizeipräsidenten nicht durchgeführt werden.

Clara Zetkin hatte als Internationale Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale im Vorfeld vorgeschlagen, einen zentralen Internationalen Frauentag in Schweden durchzuführen. Die Schwedinnen hätten gerne am 7. März Rednerinnen und Delegierte aus der ganzen Welt in Kristiania empfangen, doch der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hatte es abgelehnt, Genossinnen zum Frauentag zu delegieren. Clara Zetkin konnte die ausländischen Sozialistinnen der kriegsführenden Länder nur noch auffordern, Grußadressen zu senden, die den Friedenswillen und die internationale Solidarität betonten. Das Frauenwahlrecht und der Kampf gegen den verheerenden Krieg standen bis 1918 im Mittelpunkt der Forderungen zum Internationalen Frauentag in denjenigen Ländern in denen Frauentage durchgeführt werden konnten. „Kriegsfrauentage“ nannten die österreichischen Genossinnen und Kolleginnen ihre Versammlungen.

Für das Jahr 1916 beschloss der Parteivorstand der SPD, trotz des tobenden Krieges zwischen dem 12. und 26. März überall in Deutschland Versammlungen zum Internationalen Frauentag zu Frauenthemen und zu Fragen der politischen Organisation abzuhalten. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass auch Männer teilnehmen sollten. Die geplanten Versammlungen konnten nicht durchgeführt werden, weil sie von den zuständigen Ministerien verboten wurden. In der „Volksstimme“ vom 1. Mai 1916, die in Frankfurt/M. erschien, findet sich ein Leitartikel mit der Überschrift: „Zum Frankfurter Frauentag. Am 2. Mai 1916“. Aus diesem Anlass veröffentlichten Luise Zietz und Gertrud Hanna eine „gemeinsame Bitte“ an den Deutschen Reichstag, in dem sie die Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, durch das Bestimmungen zum Arbeitsschutz außer Kraft gesetzt werden konnten, sowie die Einführung des Achtstundentages forderten.¹⁰ Die Arbeitsbedingungen für Frauen, besonders in den Rüstungsbetrieben, waren katastrophal. Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit bei miserablen hygienischen Bedingungen waren während der Hungerjahre im Ersten Weltkrieg die Regel.

Nach der Parteispaltung in Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) und Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) im April 1917 schlossen sich viele Frauen, darunter auch viele Gewerkschafterinnen, der neugegründeten USPD an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung und vor allem die Bewilligung der Kriegskredite nicht weiter mittragen konnten. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Luise Zietz, Käthe Duncker und viele andere waren dabei. Die USPD hatte bereits auf ihrem Gründungskongress vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha

beschlossen, in der Zeit vom 5. bis 12. Mai 1917 im Rahmen einer Roten Woche „Frauenversammlungen zu veranstalten, die der Propaganda für das Staatsrecht der Frauen und für den Arbeiterinnenschutz dienen“ sollten. Allerdings litten die Frauenversammlungen in den Jahren 1917 und 1918 wiederum unter polizeilichen Beschränkungen, so dass in Deutschland nur noch kleine geschlossene Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag stattfinden konnten.

Etwas bessere Bedingungen hatten die österreichischen Sozialistinnen. Sie vereinigten sich 1917 zum dritten Mal während des Ersten Weltkrieges zum „Kriegsfrauentag“, um deutlich zu machen, dass sie an den Kopenhagener Beschlüssen auch unter dem Zeichen des fürchterlichen Krieges festhielten. Sie verwiesen darauf, dass Frauen in den Ländern, und das waren immerhin weltweit bereits zwölf, in denen es gelungen war, das Wahlrecht durchzusetzen, positiven Einfluss auf die Politikgestaltung ausüben konnten. Deshalb galt es, gerade den „Kriegsfrauentag“ zu einer Kundgebung für die Forderungen nach weltweit gleichen Rechten für Frauen zu machen.

In einem Aufruf schrieben die Österreicherinnen, dass sie nur als Gleichberechtigte „vollberechtigte Mitglieder im Kampf gegen die Vorrechte der Geburt und des Besitzes“ sein werden. Das war eine klare Absage an die Sache mit dem „Nebenwiderspruch“.¹¹ Die österreichischen Sozialistinnen wollten nicht nur gegen die Schlechterstellung in Ausbildung und Erwerbsarbeit, sondern auch gegen die politische Übermacht der besitzenden Klasse Kämpferinnen stellen. Sie wollten gleichberechtigt an der Erneuerung der Gesellschaft mitarbeiten und nicht warten, bis die neue Gesellschaft durchgesetzt ist. Schmerzlich emp-

fanden sie, dass „unsere deutschen Schwestern“ nicht am gleichen Tag demonstrieren konnten. Clara Zetkin und Luise Zietz beglückwünschten die österreichischen Schwestern in ihrer Grußadressen für den Mut und die Tatkraft, auch im dritten Kriegsjahr energisch an diesem Tag festzuhalten, und drückten gleichzeitig ihr Bedauern aus, dass die „deutschen Schwestern“ abseits stehen mussten. Helena Ankersmit (1869–1944) vom niederländischen Verband sozialdemokratischer Frauenclubs überbrachte die Grüße der Frauen aus ihrem Land, Anna Boschek (1874–1954), die 1919 die erste Gewerkschafterin im österreichischen Parlament werden sollte, versicherte, dass die Heimarbeiterinnen, die gerade in den Kriegzeiten unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten mussten, auch an diesem Frauentag dabei sein werden.

Die sich gegen Ende des Ersten Weltkrieges extrem verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung führten in vielen Ländern zu sozialen Unruhen. Die Revolutionen 1917 in Russland und im November 1918 in Deutschland führten das Ende der Monarchien in diesen Ländern herbei und zogen große politische Umwälzungen nach sich.

Zu gemeinsamen Veranstaltungen mit bürgerlichen Frauenorganisationen schien sich der sozialistische Frauentag – zumindest in Deutschland – nach wie vor nicht zu eignen. Vereinzelt kam es gegen Ende des Ersten Weltkrieges allerdings zu gemeinsamen Friedensdemonstrationen. Das nahende Kriegsende, die politischen Unruhen und die Revolutionswirren gaben schließlich auch der Frauenstimmrechtsbewegung neuen Aufschwung. Das vorher zerstrittene bürgerliche Lager schloss sich zusammen und begann mit

der sozialdemokratischen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten. Gemeinsame öffentliche Erklärungen zur Frauenwahlrechtsfrage wurden allerdings durch die im Reichstag vertretenen Parteien – außer von der SPD – immer wieder abgelehnt. Der „gemäßigte“ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung blieb der Frage des Frauenwahlrechts weiterhin fern. Bei den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich im November 1918 überall formierten, fanden die Frauen mit ihrer Frauenstimmrechtsforderung offene Ohren. Für die Räte gehörte die Forderung nach dem Frauenstimmrecht zu den Parolen der Revolution.

Das Frauenwahlrecht ist durchgesetzt

In der Erklärung des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 hieß es eindeutig: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht [...] für alle mindestens 20 Jahr alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Damit war sieben Jahre nach der Einführung des Internationalen Frauentages in Deutschland die wichtigste Forderung der Frauenbewegung erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus, jahrelang gekämpft hatte.

In der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 gewählt wurde,

waren 9,6 Prozent der Parlamentsmitglieder Frauen. Am 9. Februar 1919 kommentierte die Abgeordnete Marie Juchacz (MSPD) selbstbewusst die Einführung des Frauenwahlrechts in der ersten Rede, die je eine Frau vor einem deutschen Parlament gehalten hat: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Sie war sich sicher, dass die Frauen der Regierung nicht zu Dank verpflichtet waren.

Bei der Verabschiedung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 versuchte keine Partei mehr, das Frauenstimmrecht anzutasten. Von den 467 Parlamentsmitgliedern, die im Juni 1920 in den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik einzogen, waren 8,7 Prozent Frauen. Viele der weiblichen MSPD- und USPD-Abgeordneten waren Gewerkschafterinnen und/oder kamen selbst aus der Arbeiterschicht und kannten die Probleme der ärmeren Schichten. Sie sorgten dafür, dass die „soziale Frage“ und die Interessen der Arbeiterinnen öffentlich diskutiert wurden.

Obwohl die Verfassung der Weimarer Republik in Artikel 109, Abs. 2 die Gleichberechtigung der Geschlechter grundsätzlich festschrieb und Frauen Zugang zu Berufen wie z. B. dem Amt als Richterin, zu Sozialleistungen und Erziehungsrechten erhielten, galten viele Gesetze des Kaiserreiches wie z. B. das bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Januar 1900 weiter. Mit diesem Gesetz war die Vormundschaft des Ehemannes über die Ehefrau gesetzlich verankert. „Der Ehemann ist im Besitz des Bestimmungsrechtes“, hieß es darin. Der Frau oblag die Leitung des Hauswesens. So blieben Frauen in der Realität abhängig und in vielen Entscheidungen unfrei.



Marie Juchacz (1879–1956), Tochter eines Zimmermeisters, trat 1908 in die SPD ein. 1917 übernahm sie als Vertreterin des reformistischen Parteikurses von Clara Zetkin die Redaktion der Zeitschrift „Die Gleichheit“ und wurde Nachfolgerin von Luise Zietz als Leiterin des Frauenbüros der SPD und Mitglied des Parteivorstandes. 1919/1920 wurde sie für die SPD Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung, zog anschließend in den Reichstag ein, dem sie bis 1933 angehörte. Sie gründete 1919 die Arbeiterwohlfahrt mit, deren Vorsitz sie bis 1933 hielt.

Nachdem sich das Spektrum der Parteien um die Jahreswende 1918/1919 um die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erweitert hatte, war es nicht

mehr möglich in Deutschland gemeinsam auf die Straße zu gehen oder Versammlungen abzuhalten. Zunächst feierte nur die KPD den Internationalen Frauentag. Für das Jahr 1919 hatte sie ihn auf den 6. April festgelegt. Er stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit den Kräften, unter ihnen die sozialdemokratische Führung, die die Revolution für beendet ansahen. Entsprechend ihrer Konzeption zur Weiterführung der Revolution hatte sie ihn unter der Losung: „Alle Macht den Räten! Alle Macht für den Sozialismus!“ gestellt. Der über Teile Deutschlands verhängte Belagerungszustand machte öffentliche Kundgebungen an vielen Orten unmöglich. Die Red-

nerinnen, die auf den kommunistischen Kundgebungen sprachen, warnten vor einer Überschätzung der demokratischen Errungenschaften der Revolution von 1918/19 und vertraten die Ansicht, dass trotz der Einführung des Frauenwahlrechts die Gleichberechtigung der Frauen noch immer nicht erreicht sei. Anders dachte die Parteiführung der SPD: Auf der im Juni 1919 in Weimar tagenden Frauenkonferenz wurde zwar der Antrag eingebracht, den Internationalen Frauentag wieder einzuführen, er wurde jedoch auf Empfehlung Marie Juchacz, Mitglied im Parteivorstand der SPD, abgelehnt. Nicht nur viele Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, sondern



Wahlversammlung 1919.



Plakat „Wählt sozialdemokratisch“ 1919.

auch Marie Juchacz und die Parteiführung der SPD vertraten die Meinung, dass mit der Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Deutschland die Ziele des Internationalen Frauentages erreicht waren, die Gleichberechtigung der Frauen weitgehend verwirklicht war und nun dringendere Probleme anstünden. Denn Frauen hatten nun die Möglichkeit selbst zu wählen und als gewählte Vertreterinnen Politik zu machen. Auch die Gewerkschaftsspitze dachte offensichtlich ähnlich. Möglicherweise waren viele Proletarierinnen von den Belastungen des Krieges so er-

schöpft, dass sie wenig Kraft hatten, den Kampf um Geschlechtergleichheit weiterzuführen. Schließlich war der alltägliche Überlebenskampf schwieriger geworden und die politische Arbeit war zusätzliche Arbeit.

So erlahmten die Aktivitäten zum Frauentag in den Nachkriegsjahren. Denn auch wenn die offizielle Geschichtsschreibung ein anderes Bild vermittelt, waren es doch meist Frauen, die für sich selbst und diejenigen, die sich ihnen anvertrauten, sorgen mussten. Etliche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen, die mit der KPD sympathisierten, gingen dennoch am 9. Mai 1920 zu deren Veranstaltungen, die bald ganz unter dem Zeichen der Annäherung zwischen dem linken Flügel der USPD und der KPD standen.

Aber auch etliche Frauen an der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Basis wollten sich mit der Nichtbeachtung des 1910 beschlossenen Tages nicht zufrieden geben. Auf der MSPD-Frauenkonferenz im Oktober 1920 in Kassel wurde der Antrag von Münchener Sozialdemokratinnen, der Sozialistischen Internationale den Vorschlag zu unterbreiten, einen Internationalen Frauentag einzuberufen, der für den allgemeinen Weltfrieden eintreten sollte, eingebracht und – abgelehnt. Dabei spielte sicher auch die Scheu, eine vom linken Flügel der proletarischen Frauenbewegung geprägte Tradition wieder aufzunehmen, eine Rolle. So verzichtete die Parteiführung der MSPD auf Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag und überließ sie der KPD, dem linken Flügel der USPD und einzelnen Gewerkschafterinnen, die an diesem Tag festhielten und an vielen Orten an den Veranstaltungen teilnahmen.



Marie Juchacz als Rednerin.

Indes wurde in anderen Ländern bereits der 8. März zum gemeinsamen Datum für den Internationalen Frauentag. In Sowjetrussland gingen am 8. März 1921 Arbeiterinnen und Bäuerinnen erstmals gemeinsam auf die Straße und forderten Rechte für Frauen ein. Auch die 1921 in Moskau gegründete und bis 1937 bestehende Rote Gewerkschaftsinternationale erließ jährlich Aufrufe zum Internationalen Frauentag. Seit Beginn der 1920er Jahre kamen verstärkt Frauen aus Asien, Südafrika und Lateinamerika mit dem Internationalen Frauentag in Berührung. Im Iran erschien am 8. März 1921 „Glückliche Botinnen“ als erste Frauenzeitschrift. Leider wurde sie bald darauf

vom Schah verboten. Das hielt die Frauen nicht davon ab, ein Jahr später die erste Frauentagsveranstaltung durchzuführen, und 1923 begingen auch Frauen in China und Japan den Internationalen Frauentag. Auch wenn der Tag in manchen Ländern einen völlig anderen Charakter, als in Deutschland hatte, war die weltweite Ausbreitung des Internationalen Frauentages, trotz Repressionen in verschiedenen Ländern, nicht mehr aufzuhalten.

In Deutschland waren im Jahre 1921 vom Reichsfrauensekretariat der KPD für die Woche vom 3. bis 10. April Veranstaltungen zum Internationalen Frau-

entag vorbereitet worden. Sie konnten jedoch wieder nur an wenigen Orten durchgeführt werden. Die größte Veranstaltung fand am 3. April 1921 in Berlin mit 3.000 Frauen statt. Zu ihnen sprach Clara Zetkin über die Notwendigkeit der Verteidigung des Rechts der Frauen auf Erwerbsarbeit, denn die sieben Millionen heimkehrenden Soldaten besetzten nach dem Ersten Weltkrieg die Arbeitsplätze, die Frauen während des Krieges eingenommen hatten.

Ab 1921: künftig einheitlich in allen Ländern der 8. März

Im Juni 1921 beschloss die zweite internationale Konferenz der Kommunistinnen unter Leitung von Clara Zetkin, die nun Mitglied der KPD geworden war, und auf Vorschlag der bulgarischen Delegation einstimmig, dass künftig der Internationale Frauentag einheitlich in der ganzen Welt am 8. März stattfinden sollte. Das Datum sollte an den 8. März 1917, nach dem russischen Kalender war es damals der 23. Februar, erinnern, an dem die Textilarbeiterinnen in St. Petersburg/Petrograd massenhaft unter dem Motto „Frieden und Brot!“ gegen das zaristische Russland streikten und damit zur Auslösung der Februarrevolution am 12. März 1917 (27. Februar nach dem russischen Kalender) wesentlich beitrugen. Das Anliegen der Kommunistinnen und Kommunis-

ten war es, durch die Festlegung auf einen gleichbleibenden Tag in allen Ländern der Welt das Gewicht dieses Tages zu erhöhen und es auch zu ermöglichen, Aktionen direkt in den Betrieben durchzuführen, was an den Sonntagen nicht möglich gewesen wäre. Einheitliche Veranstaltungen zum 8. März wurden ab 1922 in vielen Ländern, darunter Bulgarien, China, England, Estland, Finnland, Iran, Japan, Litauen, Polen und Rumänien, regelmäßig durchgeführt. In diesen und anderen Ländern fanden auch in den folgenden Jahren Aktivitäten zum Internationalen Frauentag statt, deren Inhalte oft durch aktuelle Ereignisse in den jeweiligen Ländern bestimmt wurden. In Deutschland waren die Widerstände gegen kommunistische Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag auch in den folgenden Jahren groß. Gewerkschaftlich organisierte Frauen beteiligten sich an den Frauentagskundgebungen der Kommunistinnen, soweit sie die Berührung nicht scheuten.

Auch unter den Sozialdemokratinnen in Deutschland wuchs der Wunsch, die Tradition des Internationalen Frauentages wieder offiziell aufzunehmen. Sie erinnerten sich an die kämpferische Atmosphäre der ersten Internationalen Frauentage vor dem Ersten Weltkrieg, an denen die Arbeiterinnen ihre Forderungen erhoben und ihre Verbundenheit mit der internationalen Frauenbewegung zum Ausdruck brachten. Erst im Jahr 1923, als der Einigungsparteitag zwischen den verbliebenen Teilen der USPD und der MSPD stattgefunden hatte, beschlossen die Anwesenden auf der Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI), die im Mai 1923 in Hamburg stattfand, und auf der anschließenden internationalen Frauenkonferenz unter dem Vorsitz der österreichischen Sozialdemokratin und Gewerk-

schafterin Adelheid Popp und mit Marie Juchacz als Beisitzerin, „die Wiedereinführung des 1910 in Kopenhagen beschlossenen Internationalen Frauentages“ nach alter Tradition. Der Termin des Frauentages und die Entscheidung darüber, ob ein solcher in den einzelnen Ländern zu veranstalten sei, wurden den Frauen aus den verschiedenen Ländern allerdings freigestellt.

Der „Märzentag“ verändert sich

Die österreichischen Sozialdemokratinnen begingen den Internationalen Frauentag im April 1924. In Deutschland dauerte es noch weitere zwei Jahre. Nachdem die Hamburger Sozialdemokratinnen auf einer Frauenkonferenz 1925 beschlossen, den Frauentag mit dem thematischen Schwerpunkt Friedenssicherung wieder zu begehen, beschloss auch die SPD auf dem Heidelberger Parteitag 1925, den Internationalen Frauentag „im Interesse der Arbeiterklasse aller Länder zur Verwirklichung des Sozialismus“ als eine „Demonstration für den Weltfrieden und die internationale Solidarität“ wieder einzuführen. Von Seiten der Gewerkschaften waren die erste Konferenz des internationalen Arbeiterinnenkomitees in Amsterdam, der auch Gertrud Hanna angehörte, und das Büro des sozialdemokratischen internationalen Gewerkschaftsbundes noch im gleichen Jahr dem Beschluss gefolgt. Vom 7. bis 14. März 1926 konnte

**Der Internationale
Frauentag**
findet in diesem Jahre in Deutschland vom
14. bis 21. April
statt. Wir haben ihn unter das Motto:
**Mehr Recht und mehr
Schutz für Mutter und Kind**
gestellt.
Genossinnen! Sorgt dafür, daß auch der dies-
jährige Internationale Frauentag ein machtvolles
Bekenntnis
für den Sozialismus
wird. In Hausagitation, öffentlichen Veranstal-
tungen mit Demonstrationen und Kundgebungen
wollen wir zu den Frauen von unserer Arbeit
sprechen und ihnen zeigen, worum unser Kampf
geht.
Fast 200 000 Frauen haben wir in der Partei
organisiert. Das ist viel zu wenig!
Der Internationale Frauentag soll uns helfen
unsere Reihen zu stärken. Es gilt den
**Rampf um die Frau
und für die Frau!**

Plakat Internationaler Frauentag 1929.

wieder ein offizieller sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Internationaler Frauentag in Form einer Frauenwoche – getrennt von den Kommunistinnen – mit zahlreichen gut besuchten Veranstaltungen und „großen Frauenkundgebungen“ stattfinden. Im nächsten Jahr stand die Frauenwoche, die zwischen dem 27. März und dem 3. April 1927 durchgeführt wurde, schon wieder unter dem Zeichen der Angst vor dem nächsten Krieg. Nun gab es auch wieder eine Sondernummer des „Vorwärts“ und Mathilde

Wurm (1874–1925) formulierte als wichtigste Ziele: „Wir wollen unsere Rechte ausnutzen, um gegen den Krieg zu kämpfen, wir wollen die Völkerversöhnung und -verständigung. Wir wollen durch den Klassenkampf zum Frieden.“

In den Jahren der Weimarer Republik waren die zentralen Themen sowohl der Kommunistinnen wie der Sozialistinnen und Gewerkschafterinnen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie der Schwangeren- und Mutterschutz. Schon damals entstand eine Massenbewegung für die Streichung des aus dem Jahre 1871 stammenden § 218 aus dem Strafgesetzbuch. Rund 44 000 Frauen starben in Deutschland 1931 an den Folgen der illegalen Abtreibungen. Betroffen waren vor allem Arbeiterinnen, weil sie durch das restriktive Gesetz auf unsachgemäße Behandlungen angewiesen waren. Andere wichtige Frauenthemen dieser Zeit hingen, wie in den späteren Jahren auch, mit der Weltwirtschaftskrise, der Sicherung des Friedens, der Frauenerwerbsarbeit, der Erwerbslosigkeit, der eigenständigen Existenzsicherung, der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, den Notverordnungen, dem Sozialabbau, der Senkung der Lebensmittelpreise, der Einführung von Schulspeisung für die hungernden Schülerinnen und Schüler und mit dem Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr zusammen.

Im Jahre 1928 wurde durch Gewerkschaften und Sozialdemokraten kein einheitlicher Termin für den Frauentag festgesetzt, weil man „Rücksicht auf die Wahlen“ zum 4. Reichstag und zum 3. preußischen Landtag, die in diesem Jahr stattfanden, nehmen wollte. Stattdessen wurden „die Bezirke und Orts-

vereine unter Hinweis auf die internationale Bedeutung des Wahljahres verpflichtet, im Rahmen der Wahlagitation besondere Frauenveranstaltungen“ durchzuführen.

In Gross-Berlin hieß das Motto zum Frauentag am 19. April 1928 entsprechend: „Vom Vereinsrecht 1908/zum Wahlrecht 1918/zum Wahlkampf 1928“. Die Weltwirtschaftskrise und die drohende faschistische Gefahr führten dazu, dass die Internationalen Frauentage der Sozialdemokratinnen und der Gewerkschafterinnen ab 1930 politischer und militanter wurden. Wurden vom 14. bis 21. April 1929 noch im ganzen Reich Veranstaltungen zu dem Thema „Mehr Recht und mehr Schutz für Mutter und Kind“ durchgeführt, so standen die Berliner SPD-Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag vom 18. Mai bis 1. Juni 1930 unter dem Motto: „Gegen Sozialreaktion! Gegen Faschismus! Für Arbeitsschutz! Für Völkerverständigung! Für die Internationale Solidarität des Internationalen Proletariats!“. Bei der Massenkundgebung zum Abschluss der Frauenwoche nahmen mehrere tausend Frauen teil. Es sprachen Gabriele Proft (1879–1971) von der österreichischen SP und Gertrud Hanna, die an die versammelten Frauen appellierte: „Streben wir nach Vermehrung unseres Einflusses, rufen wir die Frauen unserer Klasse zum Anschluss auf, damit wir die Bahn freimachen durch den Kampf in Partei und Gewerkschaft für eine glückliche Zukunft!“

Noch deutlicher bezog die Forderung der SPD-Frauen zum Internationalen Frauentag vom 12. bis 18. April 1931 Position gegen die faschistische Gefahr: „Gegen Krieg und Naziterror, für Sozialismus und Frieden“. In der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“

vom 15. April 1931 erschien auf dem Titelblatt ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift: „Sozialistischer Frauentag und die Arbeiterinnen“, in dem die enge Verbundenheit zwischen Gewerkschafterinnen und Soziodemokratinnen im Kampf gegen die Nazis, deren Anhänger immer zahlreicher wurden, betont wurde. Als Referentin waren nun für die Veranstaltungen jeweils eine Parteifrau und eine Gewerkschafterin vorgesehen. Käthe Frankenthal (1889–1976) sprach zum § 218 und knüpfte damit an die von KPD- und einigen SPD-Frauen eröffnete Kampagne an, die sich für eine Abtreibung bei einer medizinischen Indikation und nach einer Vergewaltigung einsetzten. Nur ganz vereinzelt kam es zu gemeinsamen Aktionen von sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kommunistischen Frauen. So wurde eine Bündelung der Kräfte gegen den Naziterror nicht möglich. Für SPD- und Gewerkschaftsfrauen waren es 1931 die letzten Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag vor der Machtergreifung Hitlers. Das Jahr 1932 stand ganz im Zeichen der vier Wahlkämpfe (Kommunal-, zwei Reichstags- und preußische Landtagswahlen). Die Kommunisten riefen – trotz Naziterror und vieler Repressalien – unter dem Motto „Der Internationale Frauentag – ein Kampftag gegen Faschismus und Kriegsgefahr“ 1932 noch einmal zum Frauentag auf. Außerhalb Deutschlands schien die Idee des Internationalen Frauentages ihren Siegeszug durch die Welt zu nehmen. Frauen demonstrierten am 8. März 1932 weltweit gegen den japanischen Überfall auf China. In Deutschland war es nun endgültig der letzte Internationale Frauentag vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges. KPD, SPD und Gewerkschaften und ihre Frauenorganisationen wurden samt ihrer Presseorgane zwischen März und Juni 1933 gewaltsam zerschlagen. Bürgerliche

Vereine wurden zum Teil aufgelöst. Der „Bund Deutscher Frauenvereine“ löste sich im Mai 1933 selbst auf, im September 1933 folgte der in „Deutscher Staatsbürgerinnenverband“ umbenannte „Allgemeine deutsche Frauenverein“. Beide Verbände verabschiedeten sich, ohne sich gegen den Druck der Nazis aufzulehnen. Andere Frauenorganisationen wie der Evangelische Frauenbund und der Deutsche Hausfrauenbund ließen sich in das NS-Frauenwerk eingliedern. An die Stelle des Internationalen Frauentages trat der Muttertag.

Die bürgerlichen Parteien und konservativen Frauenverbände hatten sich schon lange gegen den Internationalen Frauentag gewandt. Sie übernahmen den in den USA eingeführten Muttertag, der an jedem zweiten Sonntag im Mai stattfand. Der Kongress der USA hatte ihn am 8. Mai 1914 zum offiziellen Staatsfeiertag erhoben. An diesem Tag sollte an die aufopfernde Fürsorge der Mütter erinnert werden, um die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiterinnen in den Hintergrund zu drängen. Auch in Europa verbreitete sich die Idee des Muttertages, er wurde seit 1917 in der Schweiz und seit 1919 in Schweden begangen. In Deutschland unterstützten die christlichen Kirchen den Tag, der seit dem 13. Mai 1923 gefeiert wurde. Mit ihm verbanden sich von Anfang an kommerzielle, bevölkerungspolitische und militärpolitische Interessen. Hauptinitiator war der Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber. Bereits 1925 war ein zentraler Reichsausschuss für die Durchführung des Muttertages gegründet worden.

Die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterbewegung lehnte den Muttertag ab. Bei den Gewerkschaften spielte er nie eine Rolle. Sie verwiesen

auf die Verlogenheit des Mutterkultes angesichts der Realität der proletarischen Mütter und mobilisierten verstärkt gegen den § 218 im Strafgesetzbuch und gegen die Bevölkerungspolitik der Nazis. Nach Hitlers Machtübernahme war das nur noch im Widerstand möglich.

Faschistische Diktatur in Deutschland

Nach der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933 wurde der Muttertag auf den zweiten Sonntag im Mai gelegt und in den Rang eines offiziellen Feiertags erhoben. Viele der in SPD, KPD und Gewerkschaften organisierten Frauen, Jüdinnen, Sinti und Roma und andere, die sich zur Wehr setzten oder nicht anpassen wollten, wurden verfolgt, verhaftet, in Konzentrationslager gesteckt und ermordet, sofern sie nicht emigrieren oder untertauchen konnten. Da die sozialistische Bewegung maßgeblich an der Entstehung des Frauentages Anteil hatte, wurde er zwischen 1933 und 1945 offiziell verboten. Die Nazis gründeten den Bund Deutscher Mädel (BDM) und die NS-Frauenschaft (BDF). Frauen sollten sich auf ihre „natürlichen Funktion“ als Ehefrau und Mutter besinnen und das hieß jetzt: „Dem Führer Kinder schenken“ und wenig später hieß es: Dienstverpflichtung in den Rüstungsfabriken. Systematisch wurden Frauen aus politischen Ämtern und aus der Erwerbsarbeit verdrängt. Das passive Wahlrecht wurde ihnen ge-

nommen, denn es stand der Übernahme der „von der Natur bestimmten Lebensgebiete“ im Wege.¹² In vielen Arbeiterfamilien vermochte sich der Muttertag auch nach 1933 nicht durchzusetzen, erst recht nicht der ihn durchdringende faschistische Geist. Die Idee des 8. März hingegen blieb lebendig, auch wenn der Frauentag nur illegal im vertrauten Kreis, oft getarnt als Familienfeier, gepflegt werden konnte und es nicht mehr möglich war, dafür auf offener Straße zu demonstrieren oder Frauentagsveranstaltungen durchzuführen. Der Internationale Frauentag wurde für die antifaschistische Bewegung zum Kampftag gegen die Nazidiktatur und für den Frieden. Das Feiern des 8. März gehörte nun zur sozialistischen Untergrundarbeit. Nicht selten hingen an diesem Tag – besonders in den Arbeitersiedlungen – rote Gegenstände aus den Fenstern oder an den Wäscheleinen oder es wurden illegale Flugblätter ausgelegt und verteilt. Wie zum Beispiel 1936 und 1937 auf Berliner S-Bahn-Stationen Flugzettel an Mauern geklebt wurden, die an den Internationalen Frauentag erinnerten und zum Kampf gegen die Nazis aufforderten.

Im Konzentrationslager Ravensbrück wurde nach den Berichten überlebender Kommunistinnen am 8. März 1945 der Internationale Frauentag begangen, indem sich die Frauen aus den verschiedenen Ländern erzählten, wie sie den Internationalen Frauentag gefeiert haben. Die überlebende Elli Schmidt schrieb später in ihrem Buch „40 Jahre Internationaler Frauentag“: „Auf dem Weg zur Arbeit und von der Arbeit, selbst in den Baracken erzählen die Kameradinnen, wie in ihrem Lande der Weltfrauentag gefeiert wird. (...) Abends in den Wohnbaracken ist es der einen oder anderen geglückt, irgend einen roten Fetzen (...) auf den Tisch zu legen und leise werden



Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, SS-Foto, vermutlich 1940.

Lieder gesummt und so des bedeutungsvollen Tages gedacht.“ Die Frauen verbanden damit die Erinnerung an eine bessere Vergangenheit und die Hoffnung auf die Zukunft.

Es war eine kleine Anzahl mutiger Widerständiger, die auch noch nach der „Machtergreifung“ Hitlers alles versuchten, um das drohende Unheil eines erneuten

Krieges abzuwenden. Eine breite internationale Frauenbewegung gegen Krieg und Faschismus konnte sich trotz einiger Versuche nicht formieren. Millionen Menschen, sowohl Soldaten als auch Männer, Frauen und Kinder aus der Zivilgesellschaft wurden ermordet. Viel zu viele Frauen haben Anpassungsleistungen erbracht und wieder andere waren Täterinnen – Akteurinnen im schlimmsten Sinne.

Der Internationale Frauentag nach dem Zweiten Weltkrieg

Gleich nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zunächst auf betrieblicher und später auf kommunaler Ebene Zusammenschlüsse von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern als Grundstein für die neue Gewerkschaftsbewegung gelegt. Mit Quellen nur unzureichend belegbar, aber aus Erinnerungen und Erzählungen bekannt, gab es auch in den Westzonen nach 1945 an vielen Orten gemeinsame Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag. Nach der Spaltung der Frauenbewegungen und der Gewerkschaftsbewegung in Ost- und Westzonen existierten wieder zwei Internationale Frauentage. Die Leiterin des zentralen Frauensekretariats der SPD, Herta Gotthelf (1902–1963), forderte, anknüpfend an die 1920er Jahre, dazu auf, den Tag getrennt von den Kommunistinnen im April, Mai oder Juni zu begehen. Von den Sozialdemokratinnen (West) wurde der Internationale Frauentag nun vor allem zur Mitgliederwerbung wieder aufgenommen.

Im Jahrbuch der SPD findet sich eine Meldung, dass 1947 (ohne festes Datum) in den drei Westzonen und in Berlin zum ersten Mal wieder der Internationale Frauentag abgehalten wurde. Bei den Kundgebungen wurden Botschaften aus England, Skandinavien, Österreich und Holland verlesen sowie ein Aufruf an die sozialistischen Frauen der anderen Länder, in dem die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen gefor-

dert wurde. 1948 feierten die SPD-Frauen zwischen dem 15. März und dem 4. April unter dem Motto „Durch Sozialismus zum Frieden“. Nun wurden meist Frauen aus westeuropäischen Ländern als Referentinnen eingeladen.

So auch zwischen 12. und 20. März 1949 unter dem Slogan „Frieden und Freiheit durch internationale Solidarität“. Diesmal erwähnte das SPD-Jahrbuch Begrüßungsschreiben aus fast allen europäischen Ländern sowie aus Kanada und den USA.

Der 40. Geburtstag des Internationalen Frauentages wurde 1950 in der BRD unter dem Motto „Durch soziale Gerechtigkeit zum Weltfrieden“ gefeiert. Teile der Partei und des Parteivorstandes der SPD standen den Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag nach wie vor skeptisch gegenüber. Dennoch verfasste der Parteivorsitzende Kurt Schumacher 1951 den Aufruf zum Motto „Frieden in Freiheit – für dich und uns alle ein Leben ohne Furcht“ und im April 1953 erschien in der sozialdemokratischen „Gleichheit“ der Aufruf „Wettrüsten führt zum Krieg, wir wollen Frieden und Verständigung“. Im Zusammenhang mit der Volksbewegung gegen die Wiederaufrüstung und der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) wurden auch Sozialdemokratinnen aktiv. In einigen Städten, z. B. Hamburg, Stuttgart, Frankfurt und Dortmund, fanden Veranstaltungen gegen die Wiederbewaffnung statt, an denen Frauen aus SPD und Gewerkschaften beteiligt waren.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde der Frauentag 1946 wieder offiziell begangen. Nach der Gründung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) auf dem Gründungskongress

vom 7. bis 9. März 1947 in Berlin, der an das internationale Frauentreffen am 8. März 1945 in London kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges anknüpfte, sollten Lehren aus dem Faschismus gezogen werden und eine breite Frauenbewegung entstehen. Der DFD war aus den überparteilichen und überkonfessionellen, gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in allen Regionen Deutschland gebildeten antifaschistischen Frauenausschüssen hervorgegangen und verstand sich als Erbe der Frauenbewegung. Als überparteiliche, konfessionsübergreifende und demokratische Frauenorganisation wurde er im Frühjahr 1948 auch in Westberlin zugelassen. Nach der doppelten Staatsgründung 1949 wurde der DFD in der Deutschen

Demokratischen Republik (DDR) in den Demokratischen Block der Nationalen Front eingegliedert und entwickelte sich schnell zur Massenorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Der Internationale Frauentag wurde alljährlich als Kampftag der Frauen in der kommunistischen Tradition begangen.

1951 wurde in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ebenfalls ein (selbstständiger) DFD gegründet, der allerdings 1957 kurz nach dem 1956 erfolgten Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) als „verfassungswidrige und staatsgefährdende Organisation“ ebenfalls verboten wurde.



Versammlung von Gewerkschaftsfrauen Ende der 40er-Jahre.

Die KPD und die Orts- und Landesgruppen des DFD blieben bis zum Verbot auch in den westlichen Besatzungszonen beim traditionellen 8. März. Sie besetzten den Internationalen Frauentag als ihren Aktionstag, während die Sozialdemokratinnen und mit ihnen die Gewerkschafterinnen die Chance verpassten, den Internationalen Frauentag für politische Aktionen zu nutzen. Stattdessen grenzten sie sich von den Kommunistinnen ab und wählten andere Tage. Sowohl im Grundgesetz für die BRD als auch in der Verfassung der DDR war die Gleichberechtigung von Mann und Frau seit 1949 verankert. Im gleichen Jahr fand auch der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) statt. Auf dem Gründungskongress wurde u. a. ein Bundesfrauenausschuss ins Leben gerufen und mit Thea Harmuth (1904–1956) eine Frau in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. Obwohl der Ausgangspunkt gemeinsam war, hat der Internationale Frauentag in der BRD und in der DDR eine unterschiedliche Entwicklung genommen.

Die als politisch unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der BRD neu gegründete Einheitsgewerkschaft tat sich schwer mit dem Internationalen Frauentag. Sie sah ihn im Zusammenhang mit der sozialistischen und kommunistischen Tradition und fürchtete daher Schwierigkeiten, den christlichen Kolleginnen diesen Tag als einen gewerkschaftlichen Tag nahe zu bringen. Berichte und Aufrufe des DGB und seiner Einzelgewerkschaften aus dieser Zeit existieren keine. Offensichtlich spielte der Internationale Frauentag für die Gewerkschaften keine eigenständige Rolle. Der Streit um Sinn und Unsinn der Frauenausschüsse begleitete stattdessen die gewerkschaftliche Frauenarbeit. Viele



HBV-Frauenausschuss 50er-Jahre.

– auch Frauen – hielten in den 1950er Jahren die Frauenausschüsse für einen Anachronismus und diskutierten deren Abschaffung. Ihre Auflösung stellte endlich die Gleichberechtigung her. Gefragt wurde auch, warum Frauenausschüsse beibehalten werden sollten, wo doch die Frauen einklagten, an der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit besser beteiligt zu werden. Gewerkschafterinnen nahmen Anfang der 1950er Jahre an den Veranstaltungen der jeweiligen Parteien, denen sie angehörten oder deren Politik sie unterstützten, teil. Erst im Jahre 1954 finden sich Hinweise, dass auch Gewerkschafterinnen zum Internationalen Frauentag der SPD aufgerufen haben. Die „Mitteilungen für Frauen“ der Industriegewerkschaft Metall vom 1. Juni 1954 zitierten den SPD-Aufruf und das Motto: „Wettrüsten führt zum Krieg – wir wollen Frieden durch Verständigung.“

Auch bei den Sozialdemokratinnen ging Mitte der 1950er und in den 1960er Jahren das zentrale Anliegen des Internationalen Frauentages als politischer Tag zur Thematisierung von Frauenfragen zunehmend verloren. Wenn er überhaupt gefeiert wurde, stand er unter allgemeinen Überschriften wie „Ehrfurcht vor dem Leben“ (1958), „Glücklicher leben in einer freien Welt“ (1960), „Wir sind eine Familie“ (1961) oder „Fünf Generationen – eine Idee“ (1963). An vielen Orten fanden überhaupt keine Veranstaltungen mehr statt. In den weiteren 1960er Jahren finden sich



ÖTV-Plakat 1959 „Lohnend für alle“.

kaum noch Erwähnungen zum Internationalen Frauentag der Sozialdemokratinnen. Eine mögliche Begründung ist, dass die Berufstätigkeit der Frauen zu dieser Zeit nicht im Mittelpunkt der SPD-Frauenpolitik stand. Die SPD trat für ein „Familiengehalt“ ein, vor allem wenn „schulpflichtige Kinder“ im Haushalt lebten. Zudem war die Partei mit der Verabschiedung des Godesberger Programms am 15. November 1959 von der Arbeiterpartei zur Volkspartei geworden und hatte offensichtlich kein Interesse an traditionellen „kämpferischen“ Frauentagen. Die Aktivistinnen der ersten Stunde, die sich an die machtvollen Kundgebungen vor dem Ersten Weltkrieg erinnern konnten, waren meist nicht mehr am Leben. Jüngere Generationen, die keine eigene Erinnerung an die Tradition hatten, waren nachgewachsen. Clara Zetkin wurde in der westdeutschen Nachkriegs-SPD wie auch in den Gewerkschaften nicht mehr beachtet, weil sie Kommunistin geworden war. An die Verdienste der Kollegin Käthe Duncker wollte sich niemand mehr erinnern, auch sie war 1918 in die KPD übergetreten und lebte nach der doppelten Staatsgründung in der DDR. Gertrud Hanna war der SPD treu geblieben; hatte aber 1944, zermürbt durch die Schikanen der Nazis, den Freitod gewählt.

Dennoch und trotz des sich verschärfenden antikomunistischen Klimas während der Zeit des kalten Krieges setzten Kommunistinnen, Unorganisierte und einzelne Gewerkschafterinnen auch in der BRD die Tradition des Internationalen Frauentages fort. Kampf gegen die Wiederaufrüstung, Einsatz für Völkerverständigung, internationale Zusammenarbeit und das von der Bundesregierung immer wieder vertagte Gleichberechtigungsgesetz waren die dringlichsten Probleme, die sie bei ihren Reden behandelten.



FDGB-Plakat 1954.



FDGB-Plakat 1960.



FDGB-Plakat 1962.

Der Internationale Frauentag in der DDR

In der DDR wurden die alljährlichen Frauentagsfeiern vor allem in den Betrieben zum festen Ritual. Herausragende Leistungen von Frauen in der Produktion wurden zum Internationalen Frauentag gewürdigt. Im ganzen Land fanden Veranstaltungen statt, an denen Arbeiterinnen gemeinsam mit Bäuerinnen und Frauen anderer Schichten teilnahmen. In den Betrieben wurden Sonderschichten geleistet. Es gab Orden und Ehrenzeichen, rote Nelken, Kaffeetafeln und Reden über die „Errungenschaften des Sozialismus“. Zum 40. Jahrestag des 8. März im Jahre 1950 wandten sich der Präsident der DDR Wilhelm Pieck

(1876–1960) und Ministerpräsident Otto Grotewohl (1894–1964) mit einer Grußbotschaft an die Frauen und Mädchen des Landes. Sie legten den berufstätigen Frauen nahe, alle Möglichkeiten des Aufstiegs zu nutzen und die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten voranzutreiben. Von den Frauen erhofften sie, den Kampf um den Frieden voranzutreiben und vor allen Dingen beim weiteren Aufbau der DDR-Wirtschaft „mit Hand anzulegen“, das hieß hohe Leistungen zu vollbringen und den Aktivisten nachzueifern. Die „beste Trümmerfrau“ wurde durch den Industrieminister der DDR, Fritz Selbmann (1899–1975), ausgezeichnet.

Der Internationale Frauentag entwickelte sich vor dem Hintergrund der These, dass die Gleichberechtigung mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung erreicht und die Rechte der Frauen weitgehend ver-

wirklich seien. Tatsächlich waren in der DDR viele Forderungen, die die bundesdeutschen Frauenbewegungen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren stellten, bereits erfüllt. Wenn auch die Vereinbarkeit der Tätigkeit im öffentlichen mit derjenigen im privaten Bereich noch Wünsche offen ließ, so war doch die notwendige Infrastruktur sichergestellt. De jure wurde in der neuen Verfassung der DDR von 1967 die Gleichberechtigung von Mann und Frau „in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens“ festgeschrieben. Frauenpolitik wurde von oben verordnet: „Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe“, hieß es in der Verfassung. Darauf, dass es auch Nachteile hat, wenn Frauenpolitik „von oben“ verordnet wird und darauf, dass die volle Gleichberechtigung auch in der DDR nicht erreicht war, wurde vielfach hingewiesen.

Der Frauentag feierte die in den Betrieben eingeleiteten Maßnahmen, die zur Verbesserung der sozialen Einrichtungen, wie Kindergärten, Waschanstalten, Betriebsverkaufsstellen und anderen Erleichterungen führten. Clara Zetkin wurde zur Gallionsfigur der sozialistischen Frauenbewegung. Die Clara-Zetkin-Medaille für „hervorragende Arbeiterinnen und Bäuerinnen, Aktivistinnen und Veteraninnen der Arbeiterbewegung ebenso wie für Frauen aus den Reihen der Intelligenz und aus anderen Schichten“ wurde alljährlich am 8. März, erstmals 1954, verliehen. Zu den ersten Ausgezeichneten gehörten Rosa Thälmann, Käthe Kern, Anna Seghers und Helene Weigel. Am 7. März 1956 wurde das Geburtshaus Clara Zetkins in Wiederau als Gedenkstätte eröffnet. Der DFD unterstützte die Aktivitäten. Er stellte sich die Aufgabe, Frauen, die nicht der Organisation angehörten, durch

persönliche Gespräche zu motivieren, sich anzuschließen und nach dem Motto des Politbüros „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“ in der sozialistischen Gesellschaft Aufgaben zu übernehmen. Der Internationale Frauentag wurde zum „Kampf- und Ehrentag der Frauen“.

Zu wenig Geld?
 „Als Hausfrau merke ich:
 leider ja...“

...als ÖTV-Mitglied
 verlange ich: es muß
 mehr werden!™

Wir sind ein Österreichischer
 Arbeitgeber und unterstützen
 die Interessen der
 Beschäftigten in
 Handel und Gewerbe.
 Wir unterstützen unsere Mitglieder bei
 allen Problemen. Wir sind mit euch zusammen.
 ÖTV

ÖTV-Plakat 1963 „Zu wenig Geld“.

Der Einfluss der neuen Frauenbewegungen auf den Internationalen Frauentag

Während in der DDR in den folgenden Jahren die „Verwirklichung der neuen Stellung der Frau“ am Internationalen Frauentag gefeiert wurde, wurde der Internationale Frauentag in Westdeutschland erst mit der Herausbildung der „neuen Frauenbewegungen“ in den späten 1960er Jahren und zu Beginn der 1970er Jahre wieder „entdeckt“. Frauen kämpften mit den Studenten gegen den „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ und engagierten sich auch in den Gewerkschaften für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, für gleiche Chancen in Beruf und im „Privatleben“ und gegen die Diskriminierung von Lebensformen außerhalb von Ehe und „Normalfamilie“.

Große Teile der westdeutschen autonomen Frauenbewegung identifizierten sich zunächst allerdings eher mit der auf den 30. April folgenden Walpurgisnacht als „ihrem Frauentag“. Mit dem alljährlich in dieser Nacht auf dem Blocksberg stattfindenden Hexentanz – so die Überlieferung der Sagen – ließ sich selbststirblich phantasierend und zugleich provozierend eine frauenbewegte widerständige Tradition fortführen und mit feministischen Inhalten füllen. Mit großen

und lautstarken „Hexendemonstrationen“ gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen und mit rauschenden Festen eroberten sich die Frauen in vielen Städten diese Nacht zurück.

Erst im Laufe der 1970er Jahre setzte sich der 8. März wieder als gemeinsamer Kampftag durch. Dass autonome Feministinnen zunehmend ihre Distanz zu diesem Datum aufgaben oder zumindest überdachten, resultierte vor allem aus der Erkenntnis der neuen Frauenbewegungen, dass international – vor allem in der „Dritten Welt“ – der 8. März für Frauen ein politischer Feiertag und damit ein weltweit gemeinsames Identifikationsdatum ist. Feministische Gruppen begannen zusammen mit Frauen aus Institutionen, Parteien und Gewerkschaften den 8. März als Frauentag neu zu besetzen und ihn für gemeinsame Aktionen zu nutzen. Durch die Politisierung des Privaten



Frauendemonstration zum § 218.

durch die neuen Frauenbewegungen wurden am 8. März aktuelle Forderungen thematisiert, wie die Kritik an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die effektive Kriminalisierung von Gewalt gegen Frauen.

Die Diskussionen der neuen Frauenbewegungen blieben nicht ohne Wirkung auf die gewerkschaftliche Frauenarbeit. Der DGB erklärte das Jahr 1972 zum „Jahr der Arbeitnehmerin“. Während dieses Jahres wollten sich die Gewerkschaften massiv für die Rechte der erwerbstätigen Frauen einsetzen. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) 1973 auf Bundesebene entfernte sich auch die SPD Schritt für Schritt vom Drei-Phasen-Modell sowie von der „Wahlfreiheit“ für die Frau bzw. dann für Frau und Mann und entschied sich für die Forderung nach der gleichberechtigten Erwerbstätigkeit der Frauen.

Ausgerechnet 1975, das die Vereinten Nationen (United Nations Organization = UNO), zum „Jahr der Frau“ erklärt hatte, zeigte die wirtschaftliche Talfahrt in der BRD erste negative Wirkungen. Erwerbslosigkeit und Engpässe im Ausbildungsbereich betrafen Frauen weitaus härter als Männer. Es war also nicht leicht, das Motto des UNO-Jahres „Gleichberechtigung-Entwicklung-Frieden“ in Programmen umzusetzen, wie es die Organisatoren erhofft hatten. Der DGB und mit ihm die im DGB organisierten Einzelgewerkschaften schlossen sich der Erklärung der UNO zum Internationalen Jahr der Frau an. Unter dem Motto „Frauen wollen freier werden“, unter dem auch eine Großveranstaltung in Dortmund mit 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfand,



DAG: Titelseite 1975 Jahr der Frau.

sollte ein Signal gegen die weltweite Diskriminierung von Frauen in der Ausbildung, am Arbeitsplatz, bei der Bezahlung und bei der Arbeitsteilung in der Familie und Partnerschaft gesetzt werden.

Nachdem die UNO im „Jahr der Frau“ den Internationalen Frauentag am 8. März in ihren Kalender der alljährlich zu berücksichtigenden bedeutenden Tage aufgenommen hat, nahm auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) im gleichen

Jahr den Tag wieder als ihren „Märztag“ auf. Im Dezember 1977 beschloss die Generalversammlung der UNO, den 8. März als Internationalen Frauentag anzuerkennen, dem schloss sich 1978 auch die Sozialistische Fraueninternationale in Vancouver, Kanada an. Auch sie wollte die weltweite Tradition wieder aufleben lassen. Der Tag sollte zum internationalen Kampftag für Frauenrechte und Frieden werden. Daraufhin verabschiedete die ASF-Bundeskonferenz im Mai 1979 einen Initiativantrag, der den Parteivorstand der SPD aufforderte, künftig wieder jedes Jahr am 8. März einen Internationalen Frauentag zu begehen „in Anlehnung an die Tradition vor dem ersten Weltkrieg“.

Einen Monat später stellten die Frauen auf der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB im Juni 1979 in Augsburg ebenfalls den Antrag, jedes Jahr am 8. März den Internationalen Frauentag zu feiern und frauenpolitische Ansprüche in die Öffentlichkeit zu tragen. Der Antrag wurde angenommen. Nun sollte der Internationale Frauentag Bestandteil der gewerkschaftlichen Frauenarbeit werden. In den „Mitteilungen für Frauen“ Nr. 6/79 wurden die Verwaltungsstellen durch die Abteilung Frauen aufgefordert, den 8. März 1980 als Internationalen Frauentag zu nutzen und in enger Zusammenarbeit mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften gewerkschaftspolitische frauenrelevante Anliegen öffentlich zu machen. Der Stein war ins Rollen gekommen.

Die ersten überlieferten DGB-Veranstaltungen der 1970er Jahre zum Internationalen Frauentag stammen vom Kreisausschuss München aus den Jahren 1974, 1977 und 1978. Sie erlangten allerdings keine bundesweite Resonanz. Erste offizielle DGB-Veranstal-

tungen wurden erst am 8. März 1979 durchgeführt. Nun fanden neben München auch in Nürnberg, Frankfurt/M., Bamberg und in anderen Städten DGB-Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, an denen auch die Einzelgewerkschaften beteiligt waren, statt. Gisela Kessler vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier sprach im Gewerkschaftshaus Nürnberg über Probleme von Gewerkschaftsfrauen. Andere Frauen aus der gleichen Gewerkschaft wandten sich an diesem Tag dagegen, dass die Bundeswehr für Frauen geöffnet werden sollten. Diese Veranstaltungen hatten Signalwirkung für weitere Aktivitäten. Auch die SPD lud nun wieder zu großen Veranstaltungen mit prominenten Rednerinnen und Rednern ein.

Für die Gewerkschaftsfrauen war die Sache allerdings noch nicht ausgestanden. Trotz der Aufforderung in den „Mitteilungen für die Frau“ war die tatsächliche Durchführung des Internationalen Frauentages am 8. März 1980 mit erheblichen innergewerkschaftlichen Problemen verbunden. Karin Roth, damals Assistentin beim Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft klagte schon im März 1979 in „Der Gewerkschafter“: „Der 8. März, der Internationale Frauentag, ist völlig in Vergessenheit geraten.“ Nicht einmal zur Geschäftemacherei würde er – im Gegensatz zum Muttertag – missbraucht. Und sie wies darauf hin, dass Parolen, wie „Frauen und Doppelverdiener“ oder „Frauen nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg“, dazu benutzt würden, abhängig beschäftigte Frauen und Männer gegeneinander auszuspielen. Darin sah sie den Versuch, von den eigentlichen Verursachern und Ursachen der (damaligen) Krise abzulenken. Sie machte auch darauf aufmerksam, dass es für den DGB Grund genug gäbe, sich wieder auf den 8. März zu besinnen, da tausend-

de Frauen durch Rationalisierungsmaßnahmen und technologische Veränderungen ihre Kündigung, aber keine neuen Chancen erhielten.

Stattdessen fasste der DGB-Bundesvorstand am 19. Januar 1980 einen Beschluss, mit dem die DGB-Kreise angewiesen wurden, keine eigenen Veranstaltungen zum Frauentag durchzuführen und sich auch nicht an anderen Veranstaltungen zu beteiligen. Als Grund wurde die Wahrung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft genannt. Die Presse, die sich sonst wenig um gewerkschaftliche Frauenarbeit kümmerte, griff die nun entstehende Kontroverse, die durch den Beschluss bei den Gewerkschafterinnen und innerhalb verschiedener Gremien ausgelöst wurde, auf. Einige Gewerkschaften (z. B. die IG Metall), führten unter heftigen Bauchschmerzen am 8. März 1980 dennoch Veranstaltungen durch. Die Gewerkschaftstage von ÖTV, HBV und IG Metall sowie IG Druck und Papier nahmen noch im gleichen Jahr Entschlüsse oder Anträge an, die sich für die Durchführung der Internationalen Frauentage aussprachen. Das setzte den Bundesvorstand des DGB unter Druck. Nach erneuter Befassung mit dem Thema im Dezember 1980 revidierte er seinen eigenen Beschluss und räumte ein, dass „in Einzelfällen“ und auf Beschluss der DGB-Kreisvorstände im Einvernehmen mit den DGB-Landesbezirken am 8. März gewerkschaftliche Veranstaltungen durchgeführt werden können. Es musste sich allerdings um eigenständige gewerkschaftliche Veranstaltungen handeln, an denen „andere gesellschaftliche Gruppen“ nicht beteiligt werden durften. Ebenso musste darauf geachtet werden, „dass interessierte politische Gruppierungen die DGB-eigenen Veranstaltungen nicht missbrauchen können“. Das war der Bundesfrauenkonferenz des

DGB zu viel. Sie beschloss im Mai 1981, den Bundesvorstand aufzufordern, auf die DGB-Kreise einzuwirken, dass diese die Kreisfrauenausschüsse bei der Durchführung von Aktionen zum 8. März unterstützen. Die Proteste der Gewerkschaftsfrauen hatten Erfolg, der DGB musste den Forderungen der Frauen nachgeben: Im Mai 1982 beim 12. ordentlichen Bundeskongress des DGB in Berlin wurde der Beschluss gefällt, dass der Internationale Frauentag Bestandteil der Arbeit des DGB sei und auf allen Ebenen begangen werden sollte.

Seit diesem Zeitpunkt begehen Gewerkschaftsfrauen auch in den westlichen Bundesländern wieder jährlich offiziell den 8. März. Die Wiedereinführung des Internationalen Frauentages bedeutete die Aufnahme einer alten Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Sie war von der Erkenntnis getragen, dass ein besonderer Tag für den Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen nach wie vor notwendig war und in den 1980er Jahren sogar zunehmend an Aktualität gewann. Selbstverständlich waren politischer Inhalt und die Form der Durchführung nach beinahe 70 Jahren andere als 1911.

Bald gab es Bündnisse zwischen Sozialdemokratinnen, Gewerkschafterinnen und autonomen Frauen. Der 8. März wurde wieder zur Plattform für Themen wie die zunehmende Erwerbslosigkeit, Prekarisierung der Arbeit, § 218, Gewalt gegen Frauen, Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Familie, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Vereinbarkeit von Beruf und außerberuflichen Interessen, Rechte von Migrantinnen, lesbische Lebensweisen und die bessere Sicherung der Frauenrechte im Zusammenhang mit der europäischen Annäherung.



ÖTV-Plakat 1982 „Wir sagen NEIN“.

1983 standen die Gewerkschaftsveranstaltungen zum Internationalen Frauentag ganz im Zeichen der Bundestagswahl, die am 6. März stattfand. Die Veranstaltungen trugen das Motto: „Wir kämpfen für Mitbestimmung – gegen Unternehmerwillkür, für Frieden und Abrüstung – gegen Frauendienst in der Bundeswehr.“ Das letztgenannte Thema war ein neues Thema, das vor allem die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) betraf. Nach Angaben der ÖTV arbeiteten 1982 rund 48.000

Frauen im zivilen Bereich der Bundeswehr, vor allem als Schreibkräfte, Küchenhilfen und Putzfrauen. Sie hatten damit bereits einen wesentlichen Anteil an der Sicherstellung des Betriebsablaufs der Bundeswehr und deren Funktionsfähigkeit. Viele Gewerkschaften schlossen sich der im Mai 1979 durch Frauen aus der Frauenfriedensbewegung ins Leben gerufenen Kampagne „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN!“ an.

Im Januar 1981 hatten bereits 60.000 Personen den Aufruf unterschrieben. Er endete mit den Worten: „Militärdienst der Frauen wäre ein Rückschlag für uns selbst und für die ganze Gesellschaft. Daher unser Protest gegen jede Absicht, militärischen Frauendienst bei der Bundeswehr einzuführen – in welcher Form auch immer.“ Der 8. März 1983 trug dazu bei, dass es noch mehr Unterschriften wurden. An der Spitze der Gewerkschaft stand seit 29. September 1982 mit Monika Wulf-Mathies die erste Frau, die in einer DGB-Gewerkschaft eine solche Position inne hatte.

In den folgenden Jahren wurden die Veranstaltungen zum 8. März in den meisten Fällen vom DGB und den Einzelgewerkschaften organisiert. 1984 nutzen die Kolleginnen den Tag, um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche im Interesse der Frauen zu unterstützen. „Arbeitszeit verkürzen – Arbeitsplätze schaffen – Frieden sichern“ hieß das Motto. „Gegen Arbeitslosigkeit, für Gleichberechtigung und Frieden“ hieß es 1985. In diesem Jahr kam es zu Frauenprotestdemonstrationen gegen den Sozialabbau und gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung und auch diesmal hieß es wieder „Weg mit dem § 218!“ und „Schluss mit Diskriminierungen“ und „Für eine konsequente Friedenspolitik“.

Ein besonderer Tag war der Internationale Frauentag 1986: es war der 75. Geburtstag. Diesmal stand er unter dem schon im Zusammenhang mit dem zweiten Internationalen Frauentag erwähnten Motto „Wir wollen Brot und Rosen!“ Auf ihrem Plakat fassten die DGB-Frauen das Anliegen, das sie mit diesem Motto verbanden, folgendermaßen zusammen: „Wir wollen Arbeit, ein menschenwürdiges Leben und endlich den Frieden auf der ganzen Welt!“ Wie schon Clara Zetkin und Käthe Duncker 75 Jahre früher, stellten sie ihre Forderungen in den Zusammenhang mit der „ganzen Frauenfrage“, wenn sie den Frauen zuriefen: „Komm

zu uns! Kämpfe gemeinsam mit uns für ‚Brot und Rosen‘, damit das Erreichte nicht zerstört und der ganze Traum Wirklichkeit wird!“¹³

Um dies zu bekräftigen, wurde auch der Internationale Frauentag 1987 noch einmal unter das gleiche Motto gestellt. Dieses Mal ging es vor allem um staatliche und betriebliche Frauenförderprogramme, die der fortbestehenden Diskriminierung entgegenwirken sollten. Vermutlich erstmals wurden ausdrücklich alle erwerbslosen und alle beschäftigten Frauen aufgerufen, sich an den Veranstaltungen zu beteiligen.



DAG: Titelseite 1979 „Wir helfen uns selbst“.



DPG: Titelseite 1981 „Frauen gehen sicher...“.

Beispiele aus den Einzelgewerkschaften

Die meisten der im DGB zusammengefassten Einzelgewerkschaften und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) brachten in ihren Medien, auch bevor 1979 der Internationale Frauentag wieder offiziell durch den DGB bestätigt war, Frauenthemen. Das waren historische Berichte aus der linken Frauengeschichte, Berichte über die Situation der erwerbstätigen Frauen in vielen anderen Ländern und über familienpolitische und sozialpolitische Maßnahmen, z. B. 1975 über die familienpolitischen Reformen der Bundesregierung und die Reformen zum Rentenrecht oder über die noch immer andauernde Lohndiskriminierung der weiblichen Angestellten und der Arbeiterinnen.

Weitere Themen vor und nach 1979 waren die Rationalisierung und Technisierung in Produktion und Verwaltung, die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienpflichten und die Humanisierung der Arbeitswelt (auch) im Interesse der Frauen, die Reform des § 218 bzw. dessen Streichung aus dem Strafgesetzbuch und die 35-Stunden-Woche mit dem Sieben-Stunden-Tag. Dauerbrenner waren: Gleicher Lohn für gleiche Leistung und das Für und Wider von Teilzeitarbeit. Regelmäßig berichteten die gewerkschaftlichen Printmedien über die Bundesfrauenkonferenzen. Ganz besonders im Jahr „der Arbeitnehmerin“ 1972 widmete sich die Gewerkschaftspresse der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Sie berichtete aber auch über Veranstaltungen, Diskus-

sionen, Schulungen und Frauentreffen. Durch diese Initiativen und durch Beiträge in den Massenmedien – Presse, Rundfunk und Fernsehen – erhofften sich die Gewerkschaften die Sichtbarmachung der Probleme und die Sensibilisierung für die Notwendigkeit zur Verbesserungen der Lage der erwerbstätigen Frauen. Sie vergaßen dabei nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es keinesfalls „nur“ um Frauenprobleme ginge. Die Frauen müssten sich darüber im Klaren sein, dass ihre Solidarität mit allen Arbeitnehmern zu teilen sei, weil nur dann, wenn Frauen und Männer an einem Strang ziehen, gemeinsam Verbesserungen erreicht werden könnten.¹⁴

Auch das Internationale Jahr der Frau, das die UNO 1975 ausgerufen hatte, wurde von DGB und einzelnen Gewerkschaften nicht nur zu Berichten über die Veranstaltungen der Bundesregierung genutzt, sondern auch, um auf die fortdauernden ungleichen Chancen zwischen Frauen und Männern, die Notwendigkeit der Humanisierung der Arbeitswelt und die schlechte Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben hinzuweisen und eigene Aktivitäten zur Verbesserung der Situation darzustellen.¹⁵ Mit jeweils eigenen Materialien, Veranstaltungen und Kampagnen beteiligten sich die Vorgängergewerkschaften von ver.di – DAG, DPG, HBV, IG Medien (bis 1989 IG Druck und Papier und die Verbände und Gewerkschaften in der Gewerkschaft Kunst) und ÖTV – an Veranstaltungen und Aktionen zum jährlichen Internationalen Frauentag. Der Internationale Frauentag sollte nun kein Tag wie jeder andere sein. Sowohl Gewerkschaftszeitungen als auch die übrige Presse begleiteten die Aktivitäten. Im Folgenden können nur einige Highlights aus den Organisationsbereichen der ver.di-Vorgängergewerkschaften aufgeführt werden:

Bei der **Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG)** reichen die Wurzeln bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Sie war keine Gewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Frauenthemen spielten bei der DAG durchwegs eine Rolle. Schließlich waren 1999 über die Hälfte der Mitglieder Frauen. Die Mitgliederzeitschrift hieß zunächst dennoch „Der Angestellte“ bis sie später in „Die Angestellten“ umbenannt wurde. Allerdings brachte die DAG mit „Frauenstimme“ zwischen 1957 und 1973 eine eigene Frauenzeitschrift heraus. „Der Angestell-



HBV: Titelseite 1986 „Doppelverdiener“.

te“ berichtete im April 1960 anlässlich der 5. Bundeskonferenz der weiblichen Angestellten über die begonnene und fortschreitende Technisierung im Bürobereich unter der Überschrift „Die Angestellte in der Welt von morgen!“ Seit 1979 feierte die DAG den 8. März mit einer zentralen Veranstaltung, meist in ihrem Bildungszentrum in Walsrode und beteiligte sich an vielen Orten an den Aktionen der lokalen Frauenbündnisse. Selbstverständlich berichtete auch die DAG „außerhalb der Reihe“ über „Frauenfragen“, zum Beispiel im Mai 1979 unter dem Motto „Wir helfen uns selbst“ und im Oktober 1984 „Wir wollen mitbestimmen – mitentscheiden“. Der Titel auf dem Mitgliedermagazin vom November 1988 war „Die kaffeekochende Tippse ist passé“, erschien außerhalb des Internationalen Frauentags und soll als Beleg dafür gelten, dass Themen der weiblichen Angestellten auf den unteren Ebenen auch zu anderen Jahreszeiten Beachtung fanden. Im März 1989 diente die „Kollegin Pilotin“ als Beispiel für Frauen, die sich in männlich dominierte Berufsfelder hervorgewagt haben.

Die **Deutsche Postgewerkschaft (DPG)** kann auf eine Tradition, die bis 1890 zurück reicht, zurückgreifen. In ihrer Mitgliederzeitschrift „Deutsche Post“ berichtete sie 1971 über ihre dritte Bundes-Frauenkonferenz. Sie verteilte am 8. März 1979 rote Nelken, die traditionelle Blume der Arbeiterbewegung. Die Zeitung „Der Fränkische Tag“ berichtete am nächsten Tag über die Aktionen in Bamberg, Coburg, Lichtenfeld und Hassfurt und machte darauf aufmerksam, dass der Internationale Frauentag von den Gewerkschafterinnen unter anderen zum Anlass genommen wird, um über die Situation der Frau in Beruf und Gesellschaft zu informieren. Auch bei der Postgewerk-



IG Druck und Papier: Titelseite 1981 Heinze-Frauen.

schaft waren die Frauenthemen nicht auf den 8. März alleine beschränkt, davon zeugen die Kampagne und der Titel vom Oktober 1981 „Frauen gehen sicher mit der DPG“. Am 5. März 1987 berichtete die „Deutsche Post“ mit Hinweis auf den Internationalen Frauentag 1987 über die Schwierigkeiten und Chancen der Einrichtung von Gleichstellungsstellen auf kommunaler und Landesebene. Oft waren es „gestandene“ Gewerkschaftsfunktionärinnen, die diese Stellen erhielten. Sie brachten einen reichen Erfahrungsschatz ein und setzten sich besonders für

die Belange sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein, deckten Diskriminierungspraktiken auf und beschafften das bis dahin nicht vorhandene statistische Material.¹⁶ Zum Internationalen Frauentag 1989 brachte die „Deutsche Post“ einen Artikel zu „70 Jahre Frauenwahlrecht“ in Deutschland.

Die Gewerkschaft **Handel, Banken und Versicherungen (HBV)** wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. Die HBV beschäftigte sich im März 1971 bereits mit der Forderung nach der „vollen Gleichberechtigung am Arbeitsplatz“ und im März 1986 in ihrer Mitgliederzeitschrift „Ausblick“ mit den Strategien, mit denen CDU-Sozialausschüsse die Rolle der Frau in der Familienwelt gerade hochjubelten, um ihnen den „Arbeitsplatz Familie“ schmackhaft zu machen und sie aus der Erwerbslosenstatistik zu entfernen. Ebenso kritisierte sie die FDP, die die Emanzipation der Frauen durch deren Aufnahme in die Bundeswehr propagierte. Hellsichtig wurde bereits Familienminister Geißlers Erziehungsgeld als „Prämie für die Aufgabe eines Arbeitsplatzes“ kritisiert.¹⁷ Hoffnung setzte die HBV allerdings auf die zunehmend selbstbewussteren Kolleginnen, die sich auch im Zuge des Sozialabbaus und der fortschreitenden Erwerbslosigkeit nicht mehr einfach von ihren Arbeitsplätzen verdrängen ließen. Den Internationale Frauentag 1986 wollte die Gewerkschaft nutzen, um auf das Recht auf Erwerbstätigkeit – auch für Frauen – hinzuweisen und der „Doppelverdiener-Parole“ den Kampf anzusagen.

Die **Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)** ging bis auf den 1866 gegründeten Verband der Deutschen Buchdrucker zurück. Die Industriegewerkschaft

Druck und Papier, eine Gründungsgewerkschaft der IG Medien, berichtete im Oktober 1960 in „Druck und Papier“ von ihrer zweiten zentralen Frauenkonferenz mit 100 Delegierten und Gästen aus dem In- und Ausland. In ihrer Ausgabe 1961 (Heft 1) stellte sie die Frage: „Warum muss sie mitverdienen?“, noch war die Berufstätigkeit für Frauen nicht selbstverständlich, zumindest nicht, wenn sie Familie hatten.

Im Juni 1971 ging „Druck und Papier“ ausführlich auf ein Thema ein, das durch die neue Frauenbewegung wieder Schwung bekommen hatte: „§ 218, die Frauen melden sich zu Wort“. Im September 1981 hieß es: „Mütter, Väter, Töchter, Söhne kämpfen für die gleichen Löhne“. Es ging um die „Heinze-Frauen“ und ihren in der Zwischenzeit in die Geschichte eingegangenen erfolgreichen Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. In ihrer Ausgabe im März 1984 wandte sie sich auf vielen Seiten „Frauenfragen“ zu.¹⁸ Dazu gehörte die elektronische Heimarbeit, die in diesen Jahren zum Problem zu werden schien. Unter der Überschrift „Chancen für Frauen oder Jobkiller?“ fragte sie mit der Metapher der vielarmigen Mutter, mit der einen Hand an der Schreibmaschine, mit der anderen am Kochtopf, nach Risiken und Nebenwirkungen. Ausführlich beschäftigte sie sich in der gleichen Ausgabe mit der damals (wieder) üblichen Verunglimpfung der Frau als „Doppelverdiener“ und ermunterte die Frauen, sich gegen die „Doppelverdiener-Politik“ zur Wehr zu setzen und auftretende Fälle zur Veröffentlichung mitzuteilen. Sie prangerte an, dass die Politiker in Bonn wieder einmal „ein Familienbild aus der Mottekiste“ geholt hätten, mit der Frau am häuslichen Herd und dem Mann im feindlichen Berufsleben.



RFFU: Titelseite 1986 Brot und Rosen.

Weitere Artikel wandten sich gegen die Benachteiligung bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und die Glorifizierung der Teilzeitarbeit, von der viele Frauen nicht leben konnten, und sprachen sich stattdessen für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung aus.

Im März 1986 ging die Zeitschrift „HFF – Hörfunk-Fernsehen-Film“ der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst – der zweiten Gründungsgewerkschaft der IG Medien – mit dem Titel „Wir wollen Brot und Rosen“ auf den Inter-

nationalen Frauentag, der in diesem Jahr 75 Jahre alt wurde, ein. Und die „HFF“ fragte im November 1980, ob Frauen als Funktionärinnen nur Alibi-Frauen zur Abrundung des optischen Bildes seien. Acht Jahre später, zum Internationalen Frauentag im März 1988, zeigte sie Frauen mit einem Schild „Wir kochen – heute gibt es Auflauf“ – sie demonstrierten gegen flexible und ungeschützte Arbeitsverhältnisse.

Die Gewerkschaft **Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)**, zu deren wichtigsten Vorläufern die 1896 gegründeten Verbände der Gemeindearbeiter und der Transportarbeiter gehörten, berichtete in ihrem „ÖTV-Magazin“ ebenfalls regelmäßig über „ihre“ Frauen bei der Arbeit. Im Oktober 1958 zeigte das Titelbild Sekretärinnen bei der Arbeit und im März 1965 – noch wurde der Internationale Frauentag nicht wieder offiziell gefeiert – waren es Verkehrspolizistinnen, damals noch ein ungewöhnlicher Frauenberuf. Im März 1968 – viele junge Frauen mussten noch hinter den Männern zurücktreten – titelte das Magazin deutlich: „Alle Frauen haben im Berufsleben Anrecht auf vollwertige Ausbildung, gleichen Lohn und reelle Aufstiegschancen“. Zum Internationalen Jahr der Frau 1975 forderte das ÖTV-Magazin auch Männer auf, gemeinsam mit den Frauen für mehr Gleichberechtigung einzutreten. Im März 1986 berichtete das Magazin dann ganz offiziell über „Fünfundsiebzig Jahre Internationaler Frauentag“, denn nun war die ÖTV bereits in zahlreichen Städten in breiten Bündnissen zum Frauentag verankert und organisierte regelmäßig Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag.

Der FrauenStreikTag 1994

Ein besonderes Ereignis für die Kolleginnen aus DAG, DGB und allen Einzelgewerkschaften, war der Internationale Frauentag 1994. Vier Jahre nach der Wiedervereinigung wurde er zum FrauenStreikTag, an dem sich mehr als eine Million Frauen bundesweit gegen fortbestehende und sich verschärfende Diskriminierungen engagierten.

Der erste Aufruf zum Frauenstreik „Frauen sagen NEIN!“ kam vom Streikkomitee Köln/Bonn und vom Unabhängigen Frauenverband in Berlin. Die Frauen wollten sich gegen den mit der Wiedervereinigung verbundenen Arbeitsplatzabbau und den Abbau von Sozialleistungen und Selbstbestimmungsmöglichkeiten wehren. Der Aufruf wurde von einer Vielzahl zum Teil prominenter Frauen aus allen gesellschaftlichen Zusammenhängen, darunter auch namhaften Gewerkschafterinnen, unterzeichnet.

(Nicht nur) in Frauenforschung und Frauenpolitik hatte sich seit einiger Zeit ein „erweiterter Arbeitsbegriff“ durchgesetzt, der unter Arbeit sowohl Produktions- und Verwaltungsarbeit als auch Reproduktionsarbeit verstand, das heißt sowohl (jetzt) bezahlt geleistete als auch (jetzt) unbezahlt geleistete Arbeit. Die Initiatorinnen des FrauenStreikTags – das waren das Streikkomitee Köln/Bonn, das seinen Sitz im Verein „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis in Köln“ hatte und der Unabhängige Frauenverband mit Sitz in Berlin – gingen davon aus, dass ein solcher er-

weiterer Arbeitsbegriff auch eine Erweiterung des auf Lohnarbeit verengten Streikbegriffes notwendig machte. Der Frauenstreik richtete sich daher auf die Verweigerung der gesamten Arbeit in Produktion und Reproduktion, im Haushalt, im Ehrenamt, im bürgerschaftlichen Engagement, in der Fabrik, im Büro und anderswo. Diesen Zusammenhang herzustellen ist freilich nicht überall gelungen.

Die Gewerkschaftsfrauen schlossen sich mit ihren eigenen Forderungen denen der autonomen Feministinnen an. Zu betrieblichen Streiks riefen sie nicht auf. DAG und DGB verkündeten den FrauenProtestTag mit eigenen Aufrufen und eigenen Plakaten, weil sie das Wort Streik vermeiden wollten, einige Einzelgewerkschaften im DGB blieben – vor allem auf regionalen Ebenen – dennoch beim Streik. Vera Morgenstern, damals Bundesfrauensekretärin der Gewerkschaft ÖTV, übernahm für ihre Gewerkschaft die Vertretung bei den bundesweiten Koordinationstreffen der Initiativgruppen zum FrauenStreikTag am 8. März 1994. Sie brachte dort die Positionen der ÖTV in ein breites Frauenbündnis ein, warb in der Organisation und bei anderen Gewerkschaften für die Idee und übte von Anfang an den Schulterschluss mit den autonomen Fraueninitiativen.

Unter dem Motto „Uns reicht’s“ machten DAG und DGB darauf aufmerksam, dass landauf, landab „Frauen aus den Betrieben und aus dem öffentlichen Bewusstsein“ verdrängt und „wieder ins Private, ins Familiäre, ins politische Abseits geschickt“ werden sollten. Unter der Losung „Ein scharfer Wind fegt über das Land“ machte er Vorschläge für vielfältige phantasievolle Aktionen in Betrieben, Verwaltungen, auf der Straße und überall dort, wo es notwendig

erschien. Auch die Forderungen richteten sich nicht nur auf den für Frauen gerechten Anteil an existenzsichernden Arbeitsplätzen und Aufstiegspositionen, sondern – so geht es auch aus zahlreichen Materialien hervor – auch auf die gerechte Teilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen, ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstätten, auf die Straffreiheit für einen Schwangerschaftsabbruch und auf „ein Gleichstellungsgesetz, das Frauen so lange bevorzugt, bis sie wirklich gleichberechtigt leben und arbeiten können“.

Hauptamtliche und ehrenamtliche Vertreterinnen des DGB und der Einzelgewerkschaften, darunter auch die Gründungsgewerkschaften von ver.di, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft arbeiteten bei den bundesweiten Koordinationstreffen der Initiativgruppen zum FrauenStreikTag am 8. März 1994 mit. Sie übten einen in der Geschichte seltenen Schulterschluss mit Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen, mit Frauen aus Parteien und Kirchen ebenso wie mit feministischen, autonomen Fraueninitiativen. Sie brachten die frauenpolitischen Positionen der jeweiligen Gewerkschaften in ein breites Frauenbündnis ein und warben in ihrer Organisation für die Idee.

Der ÖTV-Bundesfrauenausschuss hatte bereits im März 1993 beschlossen, den „Frauenstreik“ mit vorzubereiten, und auch den DGB-Bundesfrauenausschuss in einem entsprechenden Antrag aufgefordert, ebenfalls mitzutun. Die Bundesfrauenkonferenz des DGB, die vom 30. September bis 2. Oktober 1993 in Braunschweig tagte, beschloss zu „machtvollen Aktionen im Rahmen der Bewegung ‚FrauenStreikTag

1994“ aufzurufen. Die Gewerkschaftsfrauen hatten sich kompromissfähig schließlich für den schon erwähnten dezentral durchzuführenden „FrauenProtestTag“ mit dem Motto „FrauenStreik-Tag“ entschlossen. Damit verbanden sie sich mit dem FrauenStreikTag, schränkten jedoch ein, dass dieser Beschluss „keine zentrale Aufforderung zum Arbeitskampf“ beinhalte. Die Entscheidung über den Charakter der Aktionen zum 8. März überließen sie den Frauen vor Ort. Die Frauenabteilungen und viele Kreisverwaltungen und Kreisvorstände des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft unterstützten die geplanten Aktionen und beteiligten sich aktiv an den Vorbereitungen. Überall in den ungefähr 60 Frauen-Streikkomitees in fast allen größeren und später auch kleineren Städten in Ost- und Westdeutschland saßen Kolleginnen; etliche Streikbüros waren unter Gewerkschaftsadressen zu erreichen. Phantasievolle Aktionen wurden diskutiert und später umgesetzt. Flugblätter, Streikzeitungen und Plakate machten die Runde.

Die Vorbereitungen waren oft mühsam, schließlich sollte etwas realisiert werden, was bei den unterschiedlichen Frauengruppen bereits in den beiden bundesweiten Vorbereitungsgruppen (Streikkomitee Köln/Bonn und Unabhängiger Frauenverband Berlin) unterschiedliche Reaktionen hervorrief: Es gab Meinungsverschiedenheiten und Konsens, Spaß und Ärger in den heterogenen Frauengruppen der beiden Vorbereitungscommittees, denen sich in beiden Regionen sowohl Gewerkschafterinnen als auch Frauen aus vielen anderen Organisationen angeschlossen hatten. Einige, darunter auch Gewerkschaftskolleginnen, schieden aus, weil ihnen der Aufruf zu radikal

UNS REICHT'S

**Aufruf zum Internationalen FrauenProtestTag
8. März 1994**

Ein scharfer Wind weht über das Land. Landwirt, Landwirt werden Frauen erdrückt aus den Betrieben und aus dem öffentlichen Bewusstsein. Sie sollen wieder ins Private, ins Familiäre, ins politische Abseits gedrückt werden.

Frauen sollen zurücktreten: im Beruf und in der Familie, in ihren Ansprüchen auf einen Arbeitsplatz und ein eigenständiges Einkommen. Die Gesellschaft fordert von den Frauen, was sie im 19. Jahrhundert verwehrt: Solidarität.

Aber die Frauen lassen das nicht mehr mit sich machen. Wir sagen laut und deutlich: Uns reicht's. Das wollen wir am Internationalen Frauentag 1994 zeigen. Berufstätige und Arbeitslose protestieren gemeinsam mit Hausfrauen und Selbstständigen gegen ihre Benachteiligungen. Im Betrieb wie auf der Straße, zu Hause und im Büro - alle und jungen, ausländische und deutsche Frauen, mit Kindern und ohne - zeigen an diesem Tag wie sie sich ihre Zukunft vorstellen.

Wir demonstrieren für neue Machtverhältnisse. Das gilt ebenso für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Fast 2 Millionen Frauen sind direkt betroffen. Das sind die offiziellen Zahlen. Ungesicherte Frauen aber stehen am Rand, in schlecht bezahlten und ungeschützten Beschäftigungen, mit denen sie kaum ihre Existenz sichern können.

Frauen dürfen nicht länger als Reserve auf dem Arbeitsmarkt behandelt werden. Sie müssen ebenso das Recht und die Möglichkeit haben, berufstätig zu sein und Familie zu haben.

Deshalb brauchen wir die Integration von Politik für Frauen in alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche. Notwendig sind beispielsweise mehr Einrichtungen zur Kinderbetreuung, damit sowohl Mütter als auch Väter Erwerbs- und Familienarbeiten übernehmen können. Wir wollen eine Umverteilung von Macht und Rollen. Wir wollen endlich ein Geschlechtergleichgewicht, das Frauen ein lange bezogtes, bis sie wirklich gleichberechtigt leben und arbeiten können.

Der DGB ruft alle Frauen für den 8. März 1994 zu einem betrieblichen Protesttag auf. Denn:

**Uns reicht's, wir fordern Halbe-Halbe:
Frauen müssen die gleichen Chancen im Leben haben wie Männer.**

DGB

**UNS REICHT'S INTERNATIONALER
FRAUENPROTESTTAG 8. MÄRZ '94**

DGB-Aufruf zum FrauenStreikTag 1994.



DPG: Titelseite 1994 „Uns reicht’s“.

war, andere machten nicht mehr mit, weil sie es gerne radikaler gehabt hätten. Wieder andere kamen hinzu, weil sie von dem Gedanken des bundesweiten Frauenstreiks angesteckt worden waren.

Schließlich beteiligten sich am 8. März 1994 tausende Kolleginnen und auch viele Kollegen gemeinsam mit vielen anderen Frauen und etlichen Männern an den Aktionen zum FrauenStreikTag. Die nördlichste Aktion organisierte das Streikkomitee Mecklenburg-Vorpommern. Die Frauen ließen ihr Spruchband „Von Nord bis Süd: uns reicht. Deutschland in Frauenhand das

wäre Spitze“ vom Schinkel-Leuchtturm auf Kap Arkona (Rügen) flattern. Ganz im Süden auf der Zugspitze (Bayern) machten Frauen mit dem gleichen Spruch auf sich aufmerksam. Von den zahlreichen Aktivitäten im Osten und Westen der Republik seien nur einige genannt. „Arbeitslos – Frauenlos?“ hieß es in Rostock. Jede der 14.000 Frauen, die 1994 in Rostock erwerbslos waren, wurde durch einen Luftballon symbolisiert. In Stralsund wurden tausend rote Rosen verteilt, zum Zeichen der Solidarität unter den Frauen. Eine zur Wunschspinne umfunktionierte Wäsche-spinne präsentierte frauenpolitische Kritik von Recklinghäuser Kolleginnen. Straßentheater und viele phantasievolle Veranstaltungen gegen frauenfeindliche Wirtschafts- und Sozialpolitik fanden in vielen Städten statt. Ein breites, bundesweites Frauenbündnis war wiederbelebt worden und sollte auch für die Zukunft beibehalten werden.

Phantasievolle Aktionen auch bei den Gewerkschaften seit den 1990er Jahren

An vielen Orten riefen Frauenbündnisse, die aus den Aktionen zum FrauenStreikTag entstanden waren, auch in den folgenden Jahren dazu auf, am Internationalen Frauentag mit ihren Forderungen an die

Öffentlichkeit zu gehen. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, der DGB und die Einzelgewerkschaften waren fast immer und überall dabei. Die entstandenen Bündnisse trugen auch dazu bei, dass es, neben den früher üblichen Veranstaltungen, auch verstärkt zu gemeinsamen Kampagnen von Frauen aus Frauenbewegungen, Kirchen und Gewerkschaftskolleginnen kam, die nicht in allen Fällen auf den Internationalen Frauentag begrenzt blieben.

DAG, DGB und alle Gewerkschaften nahmen auch außerhalb des Internationalen Frauentages verstärkt Elemente aus sozialen Bewegungen auf. Lange Agitationsreden wurden durch Protestaktionen ersetzt. Vor allem durch Kampagnen wurde das Repertoire gewerkschaftlicher Aktionsformen wesentlich erweitert. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gewannen mit diesem Instrument Handlungsräume zurück, die sie beinahe verloren hätten. Sie öffneten sich hin zu den Frauenbewegungen, zu anderen sozialen Bewegungen und zur Gesellschaft insgesamt. Durch Kampagnen konnte auch dort erfolgreich agitiert werden, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering war. Schlecker-Kampagne und Quelle-Schöpflin-Kampagne sind hervorragende Beispiele, bei denen besonders viele Frauenarbeitsplätze betroffen waren. Oft konnten soziale Netzwerke bei späteren Konflikten in veränderter Form reaktiviert werden. Kampagnen gingen meist von Betrieben aus, waren aber geeignet, Probleme zu verallgemeinern und mehrere Standorte eines Unternehmens, einer Branche oder unterschiedlicher Branchen mit einzubeziehen. Oft erreichten die Kampagnen Bevölkerungsgruppen, die bis dahin nicht mobilisierbar erschienen, und große mediale Verbreitung.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Politikerinnen und Politiker sowie Verbraucherinnen und Verbraucher prangerten Unternehmen wegen ihrer Methoden heftig an.

Ohne den Druck eines Netzwerkes aus den sozialen Bewegungen, zu dem sowohl Frauenverbände, Friedensgruppierungen in der Region als auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gewerkschaften als der jeweils betroffenen, Künstlerinnen und Künstler und Prominente von Parteien und Kirchen zählten, wäre der gewerkschaftlich organisierte Teil der Belegschaft bei Schlecker beispielsweise nicht in der Lage gewesen, eine öffentliche Resonanz für sein Anliegen aufzubauen. Erst in der Kombination von Belegschaftsaktivitäten, gewerkschaftlicher Kampagnenplanung und Aktionen des Netzwerkes aus den sozialen Bewegungen wurden die Erfolge erzielt. Ein Zusammenspiel, das für die Zukunft gewerkschaftlicher Kämpfe wegweisend sein sollte.

Neue Formen gewerkschaftlicher Strategien und arbeitspolitische Offensiven brachten auch neuen Wind in die Tarifrunden der Gewerkschaften. Sie wurden im Vorfeld mit Kampagnen vorbereitet und damit die Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen verbessert. Ebenso werden seit einiger Zeit mit phantasievollen Aktionen auf die entwürdigende Situation von Zeitarbeit, Leiharbeit oder die Notwendigkeit der Durchsetzung eines Mindestlohns hingewiesen. So entstand im Laufe der Jahre eine Protestkultur mit Kundgebungen und Informationsveranstaltungen in den Betrieben und auf öffentlichen Plätzen. Die Skandale sind noch längst nicht abgehakt.

Aus fünf Organisationen ist eine geworden: ver.di

Mit dem Zusammenschluss der fünf Gründungsgewerkschaften zu ver.di auf dem Gründungskongress vom 19. bis 21. März 2001 in Berlin war es gelungen durchzusetzen, dass bei der Besetzung von Gremien und bei Wahlen Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft berücksichtigt werden müssen. Die Aktionen zum Internationalen Frauentag wurden ab 2002 noch mächtiger. Meist schlossen sich die ver.di-Frauen den Motti des DGB an, orientierten aber die Inhalte stets konkret an den je spezifischen Anliegen, das heißt an den Rahmenbedingungen für Frauen im Dienstleistungsbereich. Dabei kamen ganz besonders die drei Programmpunkte Entgeltgleichheit, Gleichberechtigung und eigenständige Existenzsicherung zum Tragen. Aktionen gab es auf allen Ebenen der ver.di, z. B. Frauenversammlungen in Betrieben, Straßenaktionen und Kundgebungen. So hielt die Leiterin des Bereiches Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, Vera Morgenstern (2001–2009) als gern gehörte Rednerin viele Referate an vielen Orten.

Der 8. März 2002 galt nach langer Zeit wieder der Arbeitszeitpolitik: „Im Griff der Zeit? Zeit im Griff!“ war das Motto. Gefordert wurde eine neue Zeitpolitik, durch die es möglich werden sollte, die eigenen Arbeitszeiten, Zeiten von Familie und Freunden und den eigenen Alltag unter einen Hut zu bringen.

Damit das überhaupt möglich wird, wurden ganztägige Betreuungsangebote und Ganztagschulen für Kinder jeden Alters sowie bedarfsgerechte Wohn- und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen gefordert.

Zum Internationalen Frauentag 2003 riefen die ver.di-Frauen mit Plakaten auf: „Jetzt nicht locker lassen: Gleiche Chancen in Betrieb und Verwaltung“. 2004 machten sie auf die Notwendigkeit der eigenständigen Existenzsicherung (auch) für Frauen aufmerksam: „Die Frau lebt nicht vom Mann allein. ver.di macht Dampf: für eigenständige Existenzsicherung“, stand auf den Plakaten. Für die Frauen von ver.di war die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen von den Männern (und natürlich auch umgekehrt) schon lange selbstverständlich.

Nun stellten sie erstmals den Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen her. Auslöser dafür war das besondere Engagement der ver.di-Frauen gegen die im „Hartz IV-Gesetz“ vorgesehenen



ver.di-Motto 2002 „Zeit im Griff“.

„Bedarfsgemeinschaften“, die die Abhängigkeit vom „Familienernährer“ festschreiben sollten – egal ob sie mit oder ohne Trauschein zusammenlebten. Und natürlich wurde wieder in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Kinderbetreuung und der sozialverträglichen Arbeitszeitgestaltung hingewiesen, ohne die die wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht zu erreichen ist, sondern die Abhängigkeit verstärkt wird. In einigen Städten wurden am Internationalen Frauentag auch wieder Aktionen durchgeführt: zum Beispiel besuchten Kolleginnen Filialen der Billigdiscounter, um die dort arbeitenden Kolleginnen über ihre Rechte aufzuklären.

Im Jahre 2005 hieß es zum Internationalen Frauentag: „Für Fraueninteressen – Der Politik Beine machen“ und 2006 stand auf den Fahnen der Mobilisierungen zum 8. März „Gute Arbeit – Gutes Leben – ver.di-Frauen wissen, was sie wollen“. Was sie wollten, war die Abschaffung der 1-Euro- und der Mini-Jobs, die Einführung des Mindestlohns und der Entgeltgleichheit sowie diskriminierungsfreier Tarif-

verträge. Die Mindestlohn-Debatte wurde auch als ein „Frauenthema“ diskutiert, denn 70 Prozent der im Niedriglohnbereich Beschäftigten sind Frauen. Ziele der ver.di-Frauen waren existenzsichernde Einkommen – auch für Frauen, eigenständige soziale Absicherung für Frauen – auch im Alter, und bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und privaten Interessen.

2007 war das Motto „Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.“ In diesem Jahr hieß es Flagge zeigen für den gesetzlichen Mindestlohn. Außerdem, so der Wortlaut einer am Vorabend zum 8. März verabschiedeten Resolution, sollten die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände endlich ihren Beitrag leisten, „dass jeder Mensch seine Arbeit unter Achtung seiner Würde leisten kann“. Diesem Anliegen schloss sich der Internationale Frauentag 2008 an. Unter dem Slogan „Frauen verdienen mehr“ ging es um sozialversicherte Arbeitsplätze, existenzsichernde Bezahlung (Mindestlohn) und gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Diesmal stand die Debatte



ver.di-Motto 2004 „Die Frau lebt nicht vom Mann allein“.



ver.di-Motto 2006 „Gute Arbeit – Gutes Leben“.

um den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn im Mittelpunkt. Unmittelbar damit verbunden war der Dauerbrenner „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, denn Frauen verdienen auch nach der mindestens hundert Jahre alten Forderung noch immer – selbst auf gut bezahlten Arbeitsplätzen – fast ein Viertel weniger als Männer und sie sind es auch, die weit überwiegend in den prekären und in den nicht sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

2009 ging es schließlich um Bestimmen und Mitbestimmen: „Frauen bestimmt!“ Das hieß Frauen sollten im Betrieb und in der Dienststelle, in Politik und in der Gesellschaft und bei den vielen Wahlen, die im Jahre 2009 auf allen Ebenen anstanden, mitbestimmen und mitstimmen. Frauen sollten ihre Interessen nach Chancengleichheit, gleicher Teilhabe, nach eigenständiger Existenzsicherung, nach Vereinbarkeit von Beruf und anderen Interessen und nach Entgeltgleichheit in die politischen Forderungen einbringen und dafür streiten. „Frauen bestimmt! Auf uns kommt es an in Politik, Unternehmen und Verwaltungen. Denn eine Frau im Kanzleramt ist nicht genug – das ist wie die berühmte Schwalbe, die noch keinen Sommer macht. Sorgen wir dafür, dass mehr Frauen Verantwortung übernehmen“, so hieß es im gemeinsamen Aufruf des DGB, dem sich die ver.di-Kolleginnen anschlossen.

Der Internationale Frauentag am 8. März 2010 stand unter dem Motto „Kurs halten! Gleichstellung“. Die DGB-Frauen, denen sich ver.di anschloss, schrieben in ihrem Aufruf: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist keine Aufgabe für bessere Zeiten, sondern Teil der Lösung zur Überwindung der Wirt-

schaftskrise und trägt langfristig auch zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt bei, denn nach wie vor verdienen in Deutschland Frauen bis zu 23 Prozent weniger als Männer. Viele Frauen arbeiten in Niedriglohn- und Teilzeitjobs. Deshalb brauchen wir nicht nur gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung der Geschlechter und die Einführung von Mindestlöhnen, sondern auch garantierte Kindergartenplätze, um berufstätige Frauen weiter zu entlasten“.

Die stellvertretende Vorsitzende von ver.di, Margret Mönig-Raane, erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der Nachholbedarf für Frauen immer noch enorm sei, wenn sie auch in manchem aufgeholt hätten, und Hannelore Buls, Leiterin des Bereiches Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, wandte sich in einer Rede dagegen, dass Frauen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik immer noch nicht als eigenständige Wesen, sondern als Teil der Familie behandelt werden, was es ihnen schwer macht, eine eigene Existenzsicherung und spätere Alterssicherung aufzubauen. Die Auseinandersetzung dauert an. In diesem Jahr 2011 begehen wir unter dem Motto „Heute für morgen Zeichen setzen“ das großartige Jubiläum 100 Jahre Internationaler Frauentag. An diesem Jubiläum haben wir auch die Chance, die Kämpfe unserer Wegbereiterinnen zu reflektieren.

Viel erreicht? – Der Internationale Frauentag heute

Gegen erhebliche Widerstände von vielen Seiten haben Gewerkschafterinnen, Sozialdemokratinnen, Kommunistinnen, Frauen aus Verbänden und aus autonomen Frauenbewegung den 8. März im Verlauf der hundertjährigen Geschichte immer wieder zu einem Tag der Frauen und weithin bekannt gemacht. In den 1980er Jahren wurde der Internationale Frauentag trotz des Zögerns der Gewerkschaftsspitzen wieder populär. Der gemeinsame Aufbruch von Frauen gegen den § 218 in den 1970er und folgenden Jahren, die Reform- und Entspannungspolitik ebenso wie der Protest gegen Rüstungswahn und gegen die Folgen der Wirtschaftskrise und nicht zuletzt die internationale Zusammenarbeit in der Frauenfriedensbewegung haben Anteil an diesen Schritten nach vorn.

Heute bedarf es keiner Rechtfertigung mehr, dass auch Einheitsgewerkschaften den Internationalen Frauentag feiern können. Es engagieren sich katholische und evangelische Kirchenfrauen ebenso wie Migrantinnen und ihre Verbände, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Frauen aus dem DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Gleichstellungsbeauftragte, Frauen aus Universitäten, Forschungseinrichtungen und Volkshochschulen und autonome Feministinnen. Durch die Zusammenarbeit konnten Synergieeffekte

genutzt werden und neue Bündnisse entstehen. Dass er von so vielen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam getragen wird, macht seine Stärke aus. Der Internationale Frauentag findet in Betrieben, Verwaltungen, Rathäusern, Frauenprojekten und auf der Straße statt. Gemeinsam feiern Frauen aus allen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen und/oder halten politische Veranstaltungen ab. Die Themen sind oft beliebig. Werbung und Medien haben diesen Tag vereinnahmt. Manchmal sieht es im Verhältnis zu früher so aus, als ob mehr gefeiert als politisch informiert und diskutiert wird, und das obwohl Frauen Grund genug hätten, auf die fortbestehenden Diskriminierungen aufmerksam zu machen. Aber: Wir leben heute in einer anderen Welt als 1911. Und diese Welt nutzt auch andere Formen der Kommunikation. So werden auch Frauentagsbotschaften heute ins Internet gestellt und per Mausclick an Tausende verteilt. Demonstrationen müssen heute



100

Jahre Internationaler Frauentag

**Heute für morgen
Zeichen setzen**

nicht mehr unbedingt nur auf der Straße stattfinden. Angesichts ‚moderner‘ Arbeitsbedingungen ist es oft schon eine „Kampfansage“, wenn Frauen sich innerhalb eines normalen Arbeitstages einfach nur einmal zwei Stunden Zeit für ihre eigenen Belange nehmen. Die Zeiten und die Methoden ändern sich, der Kampf um Frauenrechte auch.

Viele Forderungsbereiche sind weltweit seit den Anfängen der Frauenbewegungen erhalten geblieben, wenn auch auf verändertem Niveau: das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, die soziale Sicherung von Frauen und Frieden auf der Welt gehören dazu. Dennoch lassen Gewerkschaftsfrauen nicht locker und gehen auch neue Probleme, die sich durch Rationalisierung und Prekarisierung der Arbeitsbedingungen ergeben, an. Sie fordern Solidarität, Gleichberechtigung und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, den gesetzlich festgelegten flächendeckenden Mindestlohn und die Mindestrente bzw. Mindestsicherung, die ein menschenwürdiges Leben erlauben, für alle aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen. Sie bleiben hartnäckig bei der Forderung nach eigenständiger Existenzsicherung (auch) für Frauen und nach einem Gleichstellungsgesetz mit Frauenquote für die Privatwirtschaft, nach flächendeckenden Kindertagesstätten und Ganztagschulen. Sie weisen darauf hin, dass noch immer ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen fehlt, noch immer Gewalt gegen Frauen und Kinder herrscht, die Armut besonders von alleinerziehenden Frauen zunimmt, ebenso wie die Feindlichkeit gegenüber Fremden und Anderen und last not least skandalisieren sie die prekäre Lebenssituation von Frauen in Entwicklungsländern

und Krisengebieten. Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Auch hundert Jahre nach dem Beschluss von Kopenhagen gibt es noch vieles zu tun.

Innerhalb dieser hundert Jahre haben Frauen und Männer zwei Weltkriege erlebt und erlitten. Sie haben aber auch einiges erreicht: Das Frauenwahlrecht ist seit 1919 geltendes Recht. Frauen sind nicht mehr nur einzelne Tropfen in der politischen Männerwelt. Die Gleichberechtigung der Frau ist als Auftrag im Grundgesetz verankert. Frauen entscheiden heute selbst über ihre Teilhabe am Arbeitsleben, sie brauchen keine Zustimmung des Ehemanns mehr. Junge Frauen sind heute besser ausgebildet als junge Männer. De jure können sie jeden Beruf ausüben. Das Schuldprinzip bei Scheidungen ist abgeschafft. In vielen Parteien und Organisationen wurde eine Frauenquote eingeführt. Gerade ver.di ist hier vorbildlich. Im öffentlichen Dienst gelten Gleichstellungsgesetze.

All das war nur zu erreichen, indem Frauen innerhalb der Parlamente, der Parteien, Gewerkschaften und Verbände mit denen, die jenseits von traditionellen Partei- und Gewerkschaftsstrukturen in die Politik eingreifen, zusammengearbeitet haben und in diesem Sinne an einem Strang zogen. Ihnen allen ist es zu verdanken, dass der 8. März auch in der Bundesrepublik jährlich wie selbstverständlich mit Diskussionen, Veranstaltungen und Demonstrationen begangen wird. Auch 2011 haben sich an vielen Orten Frauenbündnisse gebildet, die unter dem DGB-Motto „Heute für morgen Zeichen Setzen“ diesen Tag begehen. Einhundert Jahre Frauentag sollte auch Gelegenheit sein, für die Zukunft kritisch zu überlegen, wie und mit welchen Mitteln und welchen Aktionen und Bündnissen weiter gekämpft werden soll.

Ausblick

Das große Veränderung ebenso wie kleine Reformen nur durch kollektive Kämpfe durchgesetzt werden können, haben Gewerkschafterinnen zu allen Zeiten erfahren. Dass gewerkschaftliches und politisches Engagement der abhängig beschäftigten Frauen auch in unserer Zeit nicht zu den Tugenden gehört, die in der Arbeitswelt hoch geschätzt werden, erfahren nicht nur die Verkäuferinnen in den Handelsketten. Einige spektakuläre fristlose Kündigungen im Laufe der letzten Jahre haben Aufsehen erregt, andere sind gar nicht erst an das Licht der Öffentlichkeit gelangt. Erfolg können die Schikanierten nur dann haben, wenn sie sich der Solidarität einer breiten Öffentlichkeit aus organisierten und nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen, Unterstützerinnen und Unterstützern versichern können. Das gilt auch für den Organisationsbereich von ver.di.

Der 8. März ist kein Muttertag und kein Gedenktag, sondern sollte weiter ein internationaler Kampftag für die Rechte der Frauen, für eine humane Gesellschaft und für den Frieden auf der Welt bleiben. Der Internationale Frauentag ist für uns Gewerkschafterinnen ein Tag, an dem wir die Megaphone in der Hand halten sollten, als ein Symbol für den ständigen Auftrag, die Ungehörigkeit der sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheit anzuprangern und durch gezieltes politisches Handeln zu überwinden. De facto ging die „Frauenfrage“ während der hundert Jahre Frauentag nur langsam voran. Dennoch sind vor allem die Gewerkschafterinnen nicht mehr zurückzupfeifen. Auch wenn in den Management-Etagen der Wirtschaft immer noch fast ausschließlich Männer sitzen

und in den gehobenen Positionen von Verwaltung und Dienstleistung und Universitäten das nicht viel anders ist. Der Fortschritt der letzten Jahrzehnte besteht darin, dass sich immer öfter tüchtige und fähige Frauen trauen, öffentlich aufzutreten und gegen das ungeheure Unrecht der patriarchalen Ordnung anzukämpfen. Frauen sind heute ebenso gut oder gar besser ausgebildet, als Männer und fordern nun die Umverteilung aller (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten gesellschaftlich nützlichen Arbeiten auf beide Geschlechter.

Der 100-jährige Geburtstag des Internationalen Frauentages sollte für uns Aufforderung sein, weiterhin zu streiten. Denn die Antwort auf die „ganze Frauenfrage“, mit der die Forderungen zum ersten Internationalen Frauentag verbunden werden sollten, steht heute noch aus. Ebenso wie das Ziel, das Clara Zetkin 1911 im Vorfeld zum Internationalen Frauentag formulierte: „Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel.“ Dieses Ziel sei „erst erreicht, wenn die politische Knebelung des gesamten weiblichen Geschlechts [...] ein Ende nimmt.“ Darauf hinzuwirken, sollte nicht lediglich „Frauensache“ sein, sondern ebenso „Männersache“. Das hieße, dass wir weiter für eine von Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegen freie Gesellschaft streiten müssen, in der alle Menschen selbstbestimmt leben, arbeiten und mitgestalten können. Darauf hinzuweisen, dass eine lebendige Demokratie unvollendet ist, solange die soziale Ungleichheit fortbesteht und solange die Ebenbürtigkeit zwischen den Geschlechtern nicht auch de facto in allen Bereichen des menschlichen Lebens und Arbeitens erreicht ist, war und ist die Aufgabe von gewerkschaftlicher Frauenpolitik.

Anmerkungen

- 1 Statistik aus Lily Braun: Die Frauenfrage, ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite. Neuauflage Bonn 1979, S. 247.
- 2 Die Historikerin Karin Hausen verweist darauf, dass „schon im 19. Jahrhundert“ das „Mann-Ernährer- und Frau-Hausfrau/Zuverdienerin-Modell“ entwickelt wurde. Im 20. Jahrhundert sei es wohlfahrtsstaatlich und mit breitem Konsens fest in die Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse eingeschrieben worden. Vgl. hierzu Karin Hausen: Wirtschaften mit der Geschlechterordnung. Ein Essay, in: dies. (Hrsg.): Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung. Zur Geschichte ungleicher Erwerbchancen von Männern und Frauen, Göttingen 1993, S. 40–47.
- 3 1892–1899 nahm Wilhelmine Kähler (1864–1941) die Funktion ein, danach gab es keine Frau mehr in diesem Gremium.
- 4 Diese Bezeichnung für den Versammlungsort ist dem Protokoll über die „Zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen“ in Kopenhagen entnommen. Das Haus wurde 1897 als Folketshus (Volkshaus) errichtet und diente als Zentrum und Versammlungsort der dänischen Arbeiterbewegung. Nach längerer anderer Nutzung wurde es im Jahre 1982 besetzt und später von der Stadt Kopenhagen als „Ungdomshuset“ (Jugendhaus) der linken Jugendbewegung durch die Stadt Kopenhagen als Treffpunkt überlassen. „Das Haus“, wie es auch genannt wurde, wurde zum international bekannten Treffpunkt und Versammlungsort der alternativen Jugendbewegung. Im Jahr 2007 verkaufte die Stadt das Haus an eine christliche Sekte, die die Räumung und den Abriss durchsetzte. Obwohl das Haus unter Denkmalschutz stand, begannen am 6. März 2007 unter heftigen Protesten die Abrissarbeiten.
- 5 Gertrud Hanna gab auf der Konferenz – anschließend an Ottilie Bader und Luise Zietz von den sozialdemokratischen Frauen Deutschlands – den Bericht des Arbeiterinnensekretariats der freien Gewerkschaften in Deutschland. Die Berichte aus allen Ländern sind, ebenso wie die Resolutionen, einzusehen in: <http://library.fes.de/zweiint/f21.pdf>
- 6 „Beschränktes Frauenwahlrecht“ – Clara Zetkin nannte es auch „Damenwahlrecht“ – hieß, das Wahlrecht ist auch für Frauen abhängig von Besitz und Einkommen und nur die Frauen der besitzenden Klasse können wählen und gewählt werden, bzw. das „Dreiklassenwahlrecht,“ das bis 1919 für den Preußischen Landtag galt und das die Wähler nach ihrem direkten Steueraufkommen in drei Klassen einteilte, würde auch auf Frauen ausgedehnt. Die Ungerechtigkeit des „Dreiklassenwahlrechts“ wird deutlich, wenn man sieht, dass 1908 die erste Klasse der am höchsten Besteuernten nur vier Prozent der Wähler betrug, aber ebenso viele Wahlmänner stellte wie die dritte Klasse mit rund 82 Prozent der Wahlberechtigten.
- 7 Der Reichsverband für Frauenstimmrecht, dessen Vorsitzende Marie Stritt (1855–1928) war, löste

sich 1919, nachdem das Frauenwahlrecht durchgesetzt war, sogar auf.

- 8 „Die Gleichheit“ Nr. 25/1910.
- 9 Am 4. August 1914 stimmten auch die Sozialdemokraten im Reichstag mit nur zwei Enthaltungen für die Kriegskredite. Die ansonsten zerstrittenen Parteien schlossen einen „Burgfrieden“ und wollten für die Dauer des Krieges ihre Auseinandersetzungen nicht mehr in die Öffentlichkeit tragen. Scheinbar geeint standen alle Parteien hinter der Devise eines gerechten Verteidigungskrieges. Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaftsverbände hatte am 2. August bereits beschlossen, für die Dauer des Krieges alle Lohnkämpfe abzubrechen sowie für den Fall von Streiks jede Streikunterstützung zu versagen.
- 10 Volksstimme. Sozialdemokratisches Organ für Südwestdeutschland vom 1. Mai 1916. Ob in Frankfurt der Frauentag auf den 2. Mai verlegt wurde, weil die Woche im März verboten worden war und ob die in der Zeitung angekündigte Veranstaltung politisch und gewerkschaftlich organisierter Frauen „am Dienstag, den 2. Mai abends 8 ½ Uhr in der Stadthalle, Dominikanergasse“, durchgeführt wurde, konnte nicht festgestellt werden.
- 11 Das Begriffspaar Hauptwiderspruch und Nebenwiderspruch wurde von Vertreterinnen und Vertretern und Strömungen des Marxismus geprägt. Die marxistische Theorie hat mehrere Widersprüche herausgearbeitet. Der Hauptwiderspruch ist der zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die Geschlechterdiskriminierung wäre demnach ein Nebenwiderspruch.
- 12 Die Überbetonung des „Natürlichen“ oder der „natürlichen Ordnung“ führt in der Geschichte fast immer zur weiteren Unterdrückung von Frauen. Die Annahme, dass „die Natur“ mit der Vergabe eines bestimmten Geschlechtes eine Über- oder Unterordnung verknüpft, ist eine rein menschliche Interpretation. Dennoch wird daraus immer wieder ein Machtauspruch einer Gruppe abgeleitet und – mit Verweis auf diese „Natürlichkeit“, auch noch mit Gewalt, Abwertung und Entrechtung umgesetzt.
- 13 Das „ötv-magazin“ 3/86 berichtete ausführlich über diesen Tag.
- 14 Vgl. zum Beispiel „Deutsche Post“ vom 5. Februar 1972.
- 15 Vgl. zum Beispiel „Standpunkt Heft 50 vom 3. März 1975.
- 16 Vgl. den Bericht von Beatrix Geisel in „Deutsche Post“ vom 5. März 1987.
- 17 Siehe das Interview mit der HBV-Bundesfrauensekretärin Erna Zmuda-Schamper in „Ausblick“ Heft 3/1986.
- 18 Vgl. die Beiträge von Gisela Kessler und Herta Däubler-Gmelin in: „Druck und Papier“ Heft 3/1984.

Zum Weiterlesen

ASF Frauen in der SPD (Hrsg.): Internationaler Frauentag. Schwestern zur Sonne zur Gleichheit, Bonn 1986.

Bettina Bab/Gisela Notz/Valentine Rothe/Marianne Pitzen (Hrsg.): Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa, Bonn 2006.

Gertrud Bäumer: Der Krieg und die Frau, Berlin 1914.

Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis: FrauenStreik StreitFragen, Heft 36/1994.

Lilly Braun: Die Frauenfrage. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite, Bonn 1979.

Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig (Hg.): 70 Jahre Internationaler Frauentag, Leipzig 1980.

Karin Hausen: Wirtschaften mit der Geschlechterordnung. Ein Essay, in: Dies (Hrsg.): Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung. Zur Geschichte ungleicher Erwerbschancen von Männern und Frauen, Göttingen 1993.

Florence Hervé: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007.

Florence Hervé/Renate Wurms: Das Weiberlexikon, Köln 2006, 5. Aufl.

IG Metall-Vorstand, Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik (Hrsg.): Geschichte der Frauen in der IG Metall 1871 bis 2005, Frankfurt/Main o.J.

Brigitte Kassel: ...letztlich ging es doch voran! Zur Frauenpolitik der Gewerkschaft ÖTV 1949 – 1989, herausgegeben von ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. und Hans-Böckler-Stiftung, Stuttgart 2001.

Annette Kuhn (Hrsg.): Die Chronik der Frauen, Dortmund 1985.

Bärbel Lübke/Heike Werner: Geschichte der DAG-Frauen, Berlin: ver.di Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik o.J.

Rosa Luxemburg: Frauenwahlrecht und Klassenkampf. In: Frauenwahlrecht, Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag, Stuttgart, 12. Mai 1912.

Gisela Notz: Arbeit – mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt, Berlin, ver.di 2005.

Gisela Notz: „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“. Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008.

Gisela Notz/Christl Wickert: Frauenwahlrechtskämpfe – Misserfolge und Erfolge, in: Elke Ferner (Hrsg.): 90 Jahre Frauenwahlrecht!, Berlin 2008.

Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin 2008.

Adelheid Popp: Jugendgeschichte einer Arbeiterin, Berlin/Stuttgart 1922, 4. Aufl.

Dieter Schneider (Hrsg.): Sie waren die Ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1988.

Elli Schmidt: 40 Jahre Internationaler Frauentag, Berlin 1950.

Siegfried Scholze: Der Internationale Frauentag einst und heute, Berlin 2001.

Unabhängiger Frauenverband Berlin/Streikkomitee Köln/Bonn/FrauenAnstiftung e.V. Hamburg (Hrsg.): FrauenStreikTag 8. März '94, Hamburg 1995.

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung, Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik (Hrsg.): Frauen offensiv! Für Solidarität, Gleichberechtigung und eigenständige Existenzsicherung, Berlin: ver.di 2007.

Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Internationaler Frauentag. Tag der Frauen seit 75 Jahren, Frankfurt/Main 1985.

Renate Wurms: Der Internationale Frauentag. Wir wollen Freiheit Frieden Recht, Frankfurt/M. 1980.

Clara Zetkin-Zundel (Hrsg.): Berichte an die zweite Konferenz sozialistischer Frauen zu Kopenhagen am 26. und 27. August 1910, Stuttgart 1910

Clara Zetkin: An die sozialistischen Frauen aller Länder! In: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1, Berlin 1957.

Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958.

www.frauen.verdi.de

www.geschichte.verdi.de

www.dgb-frauen.de

Bildnachweis:

Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), Bonn: Seiten 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 22, 27, 29, 33, 34, 35, 36, 49

Archiv der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Berlin: Seiten 7, 18, 21, 30, 38, 44, 45, 46, 48, 50, 53, 54, 56, 57, 58, 60, 62, 64, 65

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Berlin: Seite 24

Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv, Berlin: Seiten 23 (PlakY 8/119), 47 (2, 3) (PlakY 2/376) und (PlakY 2/823)

Haus der Geschichte, Bonn: Seite 47 (1)

Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück: Seite 42

Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin: Seite 67

Wir danken für die freundliche Zuverfügungstellung der Abbildungen. Wir haben die Quellenangaben nach bestem Wissen geprüft. Sollten Rechteinhaber nicht genannt worden sein, bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen.



*Frauen- und
Gleichstellungs-
politik*



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**